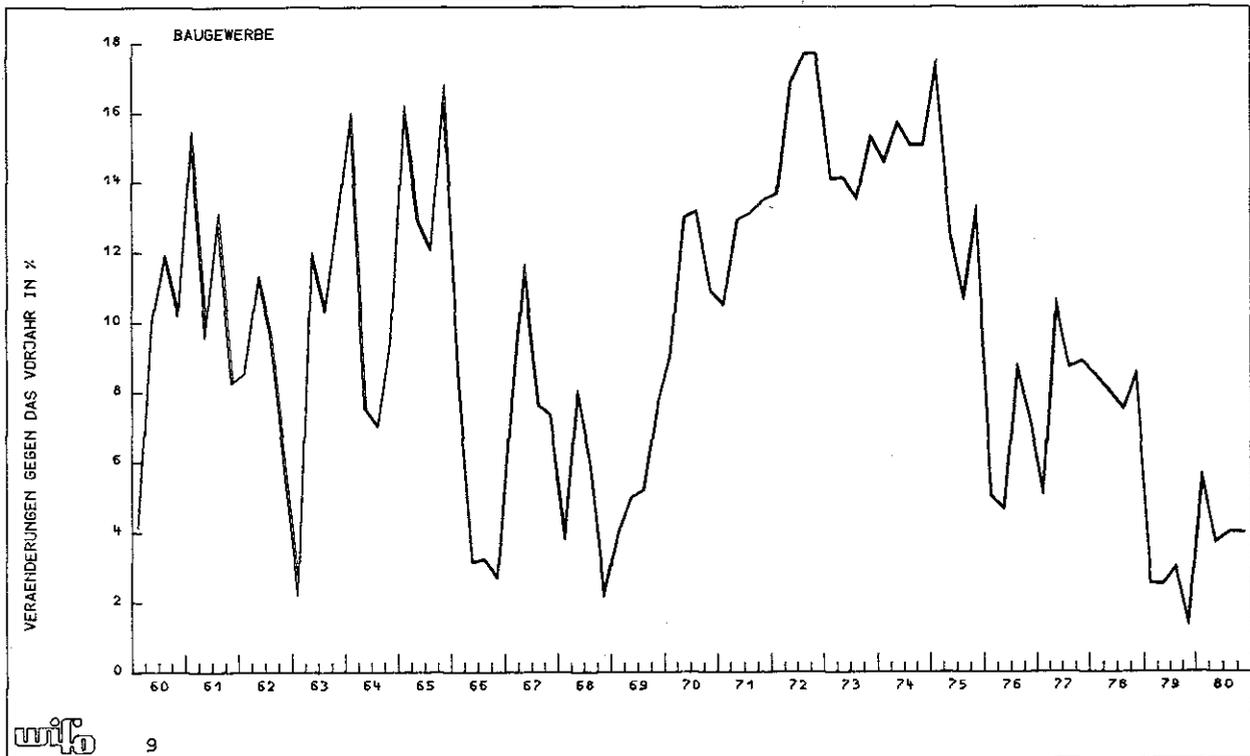


Abbildung 1

Brutto-Stundenverdienste
(Vor 1970 ohne Sonderzahlungen)



Die Entwicklung der Verdienste in der Bauwirtschaft

Zu Beginn der sechziger Jahre stiegen die Stundenverdienste mit einer Rate von etwa 10%, der erste Einbruch in dieser Entwicklung kam im Zuge der Rezession 1962 zur Jahreswende 1962/63, als die Wachstumsrate kurzfristig sogar unter 5% sank. Später wurde die 10%-Marke wieder überschritten, bis in den Jahren 1966 bis 1969 der Lohnauftrieb neuerlich kräftig gedämpft wurde. Seit 1970 beschleunigten sich die Zuwachsraten der Baulöhne wieder. 1972 und 1975 markieren mit Zuwachsraten von über 15% die Höhepunkte dieser Entwicklung. In den Jahren 1976 bis 1980 ging die Zuwachsrate neuerlich rasch zurück und erreichte im Durchschnitt des Jahres 1980 nur 4,3%.

Der Verlauf der Monatsverdienste je Arbeiter (bzw. vor 1969: Wochenverdienste) weicht etwas davon ab; die Unterschiede ergeben sich aus den Schwankungen in der monatlichen Arbeitszeit, die wiederum stark vom Verlauf der gesetzlichen Normalarbeitszeit bestimmt ist.

Die Entwicklung der Gehälter in der Bauindustrie läßt sich erst seit 1969 verfolgen. Insgesamt stiegen in der Periode 1969 bis 1980 die Stundenverdienste der

Übersicht 1

Stundenverdienste der Arbeiter im Baugewerbe

	Stundenverdienst in S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Brutto-Stundenverdienst ohne Sonderzahlungen im Wiener Baugewerbe ¹⁾	
1960	12,50	
1961	13,94	11,5
1962	15,18	8,9
1963	16,62	9,5
1964	18,24	9,7
1965	20,88	14,5
1966	21,77	4,3
1967	23,64	8,6
1968	24,83	5,0
1969	26,21	5,6
	Brutto-Stundenverdienst mit Sonderzahlungen im Baugewerbe ²⁾	
1969	24,90	
1970	27,98	12,4
1971	31,53	12,7
1972	36,84	16,8
1973	42,00	14,0
1974	48,33	15,1
1975	54,72	13,2
1976	58,56	7,0
1977	63,54	8,5
1978	68,65	8,0
1979	70,28	2,4
1980	73,27	4,3

¹⁾ O. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung — ²⁾ O. Österreichisches Statistisches Zentralamt

ist deren Aufspaltung nach Kostenbestandteilen. Ein Beispiel hierfür ist die Aufgliederung der globalen Marktspanne für Nahrungsmittel in den USA auf die Kostenarten Löhne, Verpackungsmaterial, Transport, Rohgewinn und Sonstiges²⁾.

Bisherige Studien in Österreich

Für Österreich liegen mehrere Studien zum Thema Marktspanne für Lebensmittel vor. Die Methodik und der erfaßte Zeitraum sind unterschiedlich.

Das Institut für Wirtschaftsforschung hat in zwei Studien über den Nahrungsmittelkonsum, die 1962³⁾ bzw. 1974⁴⁾ publiziert wurden, den Anteil der landwirtschaftlichen Rohprodukte an den Ernährungsausgaben errechnet. In beiden Fällen war es eine globale Rechnung. Die Ausgaben für Ernährung wurden der Volkseinkommensrechnung (privater Konsum) entnommen und dem Wert der darin enthaltenen in- und ausländischen landwirtschaftlichen Rohstoffe gegenübergestellt. Die äquivalenten Mengen landwirtschaftlicher Rohstoffe wurden 1962 mit Hilfe technischer Koeffizienten von den konsumierten Mengen abgeleitet; 1974 wurde hierfür die Ernährungsbilanz herangezogen.

Das Agrarwirtschaftliche Institut des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft hat 1968 eine Studie über den Anteil der Landwirtschaft an den Ernährungsausgaben im Jahre 1966 vorgelegt⁵⁾. In dieser Arbeit wurde dem Wert der im Warenkorb des Verbraucherpreisindex 1966 enthaltenen Nahrungsmittel und Getränke (soweit sie im Inland erzeugt werden können) der Wert der darin enthaltenen landwirtschaftlichen Rohstoffe, bewertet zu Erzeugerpreisen, gegenübergestellt.

Weiters werden gelegentlich Marktspannen für einzelne Nahrungsmittel errechnet. Als Beispiel sei auf den Beitrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zu einer Studie der OECD aus dem Jahre 1979 verwiesen⁶⁾.

Regelmäßige Berechnungen über Umfang und Ent-

wicklung von Marktspannen für Nahrungsmittel und Getränke wurden jedoch in Österreich, im Gegensatz zu vielen anderen westeuropäischen Ländern, bisher nicht publiziert.

Sektorale Marktspanne für Nahrungsmittel und Getränke 1973 bis 1980

Das WIFO hat im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft die sektorale Marktspanne für Nahrungsmittel neu berechnet. Das verwendete Konzept, das Datenmaterial, die Abgrenzungen und die Ergebnisse wurden im Frühjahr 1981 sehr detailliert vorgestellt⁷⁾. Diese Angaben sollen hier nur in groben Zügen und ergänzt um die Ergebnisse für 1979 und 1980 dargelegt werden.

Grundkonzept, Abgrenzungen, Datenquellen

Der Wert der agrarischen Rohstoffe auf der Erzeugerebene, die Ausgaben für Ernährung und damit auch die Marktspanne können unterschiedlich abgegrenzt werden. Fragen der Definition resultieren vor allem aus Eingriffen des Staates in den Markt.

Subventionen, Verwertungsbeiträge der Erzeuger und Verbraucher

Öffentliche Zuschüsse zu den Erzeugerpreisen, zur Fracht, Lagerhaltung usw. und Beiträge der Bauern und der Verbraucher zur Finanzierung des Exports, die durch Ab- und Zuschläge von den Preisen finanziert werden, ergeben Verzerrungen in der "nationalen Ernährungsrechnung". Sie beeinflussen z. B. Niveau und Entwicklung der sektoralen Marktspanne. Insbesondere Änderungen im Zeitablauf können zu Fehlinterpretationen der Marktspanne und damit der Effizienz (oder Gewinnlage) des Vermarktungssektors führen. Um diese störenden Einflüsse auszuschalten, wurden für die vorliegenden Berechnungen folgende Annahmen getroffen:

- Subventionen lassen die gesamten Ausgaben für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unberührt. Sie führen bloß zu einer Verschiebung der finanziellen Lasten von den Verbrauchern zu den Steuerzahlern (Staat).
- Verwertungsbeiträge der Bauern und Konsumenten sind, soweit sie der Finanzierung von Ausfuhr und der inferioreren Verwendung dienen, getrennt von den Kosten der Lebensmittelversorgung im Inland zu sehen.

⁷⁾ Verbrauch von Nahrungsmitteln und Getränken und Anteil der Landwirtschaft an den Ernährungsausgaben, Gutachten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Wien 1981.

²⁾ Eine genaue Beschreibung dieser Statistiken findet sich in *USDA: Major Statistical Series of the US Department of Agriculture. How They Are Constructed and Used*, Vol. 4, Agricultural Marketing, Costs and Charges, Agricultural Handbook No. 365, June 1970.

³⁾ Der Nahrungsmittelverbrauch der österreichischen Bevölkerung, Beilage zu den Monatsberichten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, September 1962.

⁴⁾ G. Kohlhauser: Ernährungsausgaben und Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten, Monatsberichte 8/1974.

⁵⁾ J. Trampler: Der Anteil des landwirtschaftlichen Rohprodukts am Endverbraucherpreis für Nahrungsmittel und Getränke im Jahre 1966, Schriftenreihe des Agrarwirtschaftlichen Instituts des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft Nr. 6, Wien 1968.

⁶⁾ OECD: Recent Developments in Prices and Margins of Food Products in OECD Countries, Unterlage für ein Seminar über "Trends in Prices and Marketing Margins of Food Products", Paris 1979.

Gegensatz zum spezifischen Verbrauch absolute Vergleiche über Sektoren hinweg zuläßt. Mit Hilfe des Energiekoeffizienten können die einzelnen Sektoren hinsichtlich ihrer realen Energieintensität gereiht werden, während der spezifische Verbrauch nur innerhalb eines Sektors im Zeitablauf analysiert werden kann⁵⁾.

Rein schematisch läßt sich der Index des spezifischen Energieverbrauchs in zwei Komponenten teilen: in eine Strukturkomponente, die den Effekt von Änderungen in der Produktionsstruktur nachzeichnet, und einen *Rationalisierungstrend*, der die von solchen Strukturänderungen bereinigte Entwicklung, also die Steigerung der Energieeffizienz in den einzelnen Sektoren, widerspiegelt. Natürlich läßt sich auch der spezifische Verbrauch in den einzelnen Industriebranchen wieder zerlegen in einen Effekt, der auf Änderungen in der Produktstruktur innerhalb der Branche zurückgeht, und in einen, der Effizienzsteigerungen bei einzelnen Produktionsprozessen abbildet. Allerdings ist diese Zerlegung aus Datengründen für die einzelnen Branchen nicht durchführbar (da es keine Energieverbrauchsdaten für einzelne Produkte und

⁵⁾ Die vorliegende Analyse betrifft jeweils den direkten Endverbrauch in den einzelnen Industriebranchen bzw. der Industrie insgesamt. Davon zu unterscheiden ist der indirekte Energieverbrauch einzelner Produkte, der sich aus dem Energiegehalt der Vormaterialien ergibt. Direkter und indirekter Energieverbrauch zusammen ergeben den kumulativen Energieverbrauch einer Branche, der aus einer Energiematrix der Input-Output-Tabelle 1976 errechnet werden kann. Für die Frage des Energiegehalts neu aufzubauender Produktionen etwa ist eine solche Erfassung auf Input-Output-Basis sehr wichtig, ebenso für die Fragen der Auswirkungen der Veränderung in einzelnen Produktionsbereichen auf die österreichische Handelsbilanz. Hier müssen auch Preisüberlegungen einbezogen werden. Eine solche Betrachtung kann z. B. zeigen, daß die Zurücknahme der Produktion energieintensiver Produkte in Österreich dann keine Verbesserung der Handelsbilanz bringt, wenn statt dessen Fertigprodukte nach Österreich importiert werden, bei denen der höhere kumulative Energiegehalt in der Importrechnung mitbezahlt werden muß und keine überproportionale Weiterwälzung auf die Preise möglich ist. Auf Grund der derzeitigen Datenlage ist jedoch in Österreich eine solche Betrachtungsweise nur in Ansätzen möglich. Um die Größenordnung des Unterschieds zwischen direktem und kumulativem Energieeinsatz anzudeuten, werden in der Übersicht A 1 die direkten und kumulativen Input-Koeffizienten für den Energieeinsatz in einzelnen industriellen Produktionsbereichen gezeigt, die allerdings durch Doppelzählungen verzerrt sind.

Produktgruppen gibt). Daher wird vereinfachend der Verlauf des spezifischen Verbrauchs der Einzelbranchen als Effizienzänderung interpretiert. Da per Saldo auch innerhalb der Branchen (wie in der Gesamtindustrie) der Produktionsstrukturwandel energiesparend war⁶⁾, wird durch diese Vereinfachung die Zunahme der Energieeffizienz für die Vergangenheit überschätzt.

Als Energieeinsparung oder Effizienzsteigerung wird im folgenden jede sich aus der Senkung des spezifischen Verbrauchs ergebende (relative oder absolute) Reduzierung des effektiven Energieverbrauchs bezeichnet:

$$\Delta E = E_t - E_{t-1} = P_t (SP_t - SP_{t-1}),$$

wobei E der Effektivverbrauch, ΔE die "Einsparung", P der Produktionsindex und SP der spezifische Verbrauch ist.

Der erste Teil der Untersuchung gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Endenergieverbrauchs in der österreichischen Industrie, wobei der "Strukturbruch" seit dem ersten "Erdölpreisschock" im Oktober 1973 besonders beachtet wird. Es wird untersucht, ob es zu Verhaltensänderungen kam, die sich auf die Entwicklung des effektiven sowie des spezifischen Energieverbrauchs niedergeschlagen haben, bzw. ob und in welchem Maße Substitutionen zwischen den einzelnen Energieträgern stattfanden. Weiters wird die Bedeutung von Änderungen in der Produktionsstruktur für den Energieverbrauch aufgezeigt. Zusätzlich wird analysiert, wie sich die Preise der einzelnen Energieträger für die Industrie seit 1964 und dann seit 1973 entwickelt haben, und auch, inwiefern es für die einzelnen Branchen möglich war, Preiserhöhungen weiterzugeben. Daran schließt sich eine kurze Untersuchung, ob und inwieweit einzelne Branchen Energie zu niedrigeren Preisen beziehen als andere, und ob solche Preisvorteile über die Zeit hin beibehalten werden konnten. Eine Regressionsanalyse versucht, Änderungen im spezifischen Verbrauch auf ihre Hauptbestimmungsgründe hin abzutasten, die in relativen Preissteigerungen sowie in der

⁶⁾ Siehe *W. F. Foell et al. Assessment of Alternative Energy/Environment Futures for Austria: 1977-2015*, IIASA, RR-79-7, Laxenburg 1979.

Übersicht A 1

Direkte und kumulative Energiebelastung einzelner Branchen¹⁾

	Kohle		Mineralöl		Gas		Sonstige		Strom		Summe	
	D	K	D	K	D	K	D	K	D	K	D	K
	Tj je Mill. S Brutto-Produktionswert											
Bergbau	0.14	0.27	0.48	1.27	1.21	1.52	0.01	0.01	0.19	0.42	1.02	3.50
Nahrungsmittel	0.01	0.06	0.14	0.79	0.03	0.16	0.01	0.04	0.06	0.21	0.24	1.26
Textil, Bekleidung	0.09	0.04	0.14	0.46	0.02	0.12	0	0	0.07	0.17	0.23	0.81
Papier	0.07	0.17	0.20	0.74	0.31	0.53	0.06	0.09	0.22	0.44	0.87	1.98
Chemie	0.02	0.11	0.30	0.75	0.57	0.81	0.01	0.02	0.16	0.37	1.06	2.07
Steine Keramik	0.03	0.18	0.90	1.94	0.39	0.68	0.00	0.01	0.15	0.41	1.47	3.22
Grundmetall	2.52	3.14	0.35	1.01	0.70	1.07	0	0.01	0.29	0.56	3.86	5.79
Holz	0.00	0.07	0.10	0.63	0.02	0.15	0.01	0.03	0.14	0.29	0.27	1.17
Metallverarbeitung	0.00	0.32	0.06	0.36	0.03	0.19	0.00	0.01	0.05	0.16	0.14	1.05

¹⁾ Direkte (D) und kumulative (K) Input-Koeffizienten der B-Version der Input-Output-Tabelle des Institutes

Meßmethoden

Der Potential Output kann grundsätzlich nach zwei Ansätzen ermittelt werden (Christiano, 1981):

1. durch Berechnung aus verfügbaren makroökonomischen Daten (data-based method) oder
2. durch Befragungen der Unternehmer (survey-based method).

Innerhalb des Data-based-Ansatzes kann man wieder verschiedene Methoden unterscheiden:

1a. Am häufigsten sind die Berechnungsmethoden mittels Produktionsfunktionen. Diese berücksichtigen den Beitrag der eingesetzten Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit und sonstige Faktoren, wie Energie und Rohstoffe) zur Produktion. Beispiele für die direkte Schätzung des Potential Outputs mittels Produktionsfunktionen sind international OECD (1973) für alle OECD-Länder und Artus (1977) für die Industrie von acht Industrieländern (für Österreich Breuss, 1975, 1978)

1b. Eine andere Methode arbeitet ebenfalls mit Produktionsfunktionen, geht jedoch den indirekten Weg über Faktornachfragefunktionen. Hier schätzt man die Beziehung zwischen nachgefragten Arbeitskräften und Kapital als Funktion von Output (Brutto-Inlandsprodukt) und relativen Faktorpreisen. In einem zweiten Schritt werden die aus den Nachfragefunktionen gewonnenen Parameter in die Produktionsfunktionen (BIP) eingesetzt und nach dem Brutto-Inlandsprodukt gelöst. Wenn anstelle der tatsächlich eingesetzten Produktionsfaktoren ihre Potentialwerte eingesetzt werden, erhält man den Potential Output.

Diese Methode wurde zuerst vom US Council of Economic Advisors (CEA) nur mit Arbeitsnachfragefunktionen verwendet, dann auch mit Kapitalnachfragefunktionen von Hickmann (1964)*)

In beiden Konzepten (1a. und 1b.) werden die Auslastungen der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit aus Hypothesen über die Anpassung beider Faktoren an ihre gewünschten Gleichgewichtswerte abgeleitet

1c. Das Okun-Gesetz: Okun (1962) hat als erster eine einfache Berechnungsmethode für den Potential Output der USA vorgestellt. Er schließt allein von der Arbeitslosenrate auf den Potential Output. Unter der Annahme, daß die Arbeitslosenrate eine Hilfsvariable für alle Arten von Unterauslastung von Produktionskapazitäten ist, errechnete er den Potential Output vereinfacht dadurch, daß er schätzte, um wieviel die tatsächliche Produktion verringert wurde, wenn die Arbeitslosenrate auf mehr als 4% stieg (eine 4prozentige Arbeitslosenrate galt zu Beginn der sechziger Jahre in den USA als erreichbare Zielgröße bzw. als "Vollbeschäftigungsarbeitslosenrate").

*) Verfeinert und eingebaut in ein Wachstumsmodell wurde dieser Ansatz dann von Coen und Hickman (Hickman — Coen — Hurd, 1975; Coen — Hickman, 1980); für Österreich siehe Schebeck — Thury (1976A, B)

In der einfachsten Version schätzt Okun eine relativ robuste makroökonomische Beziehung zwischen der prozentuellen Veränderungsrate des realen Brutto-Nationalproduktes (x) und der absoluten Veränderung der Arbeitslosenrate in Prozentpunkten (Δu). Für die USA errechnete Okun (1962, S. 316) folgende Beziehung (für Quartalsdaten vom II. Quartal 1947 bis zum IV. Quartal 1960):

$$\Delta u = 0,3 - 0,3 \cdot x \quad (r = 0,79)$$

D. h. die Arbeitslosenrate steigt von einem Quartal zum anderen um 0,3 Prozentpunkte, wenn sich das Brutto-Nationalprodukt (BNP) nicht verändert. Für jeden zusätzlichen Prozentpunkt BNP sinkt die Arbeitslosenrate um 0,3 Prozentpunkte — oder umgekehrt ausgedrückt, 1 Prozentpunkt mehr Arbeitslosenrate bedeutet ($\frac{1}{0,3} =$) 3,3 Prozentpunkte weniger BNP.

Diese Beziehung wird als "Okun-Multiplikator" oder als die 3:1-Regel bezeichnet. Neuere Schätzungen für die USA (aus Jahresdaten 1953 bis 1976) finden einen etwas niedrigeren "Okun-Multiplikator", nämlich nur 2,5 (Clark, 1977).

Für Österreich bringt eine Schätzung mit Jahresdaten für die Periode 1955 bis 1980:

$$\Delta u = 0,71 - 0,20 \cdot x$$

$$5,00 \quad -7,26$$

$$R^2 = 0,69 \quad DW = 2,00$$

Aus ($\frac{1}{0,20} = 5,0$) ergibt sich ein höherer "Okun-Multiplikator" als für die USA. Allerdings ist dieser Multiplikator nicht konstant: Für die fünfziger Jahre beträgt er 4,1, für die sechziger Jahre 5,2 und für die siebziger Jahre 7,7.

In der Literatur wird die etwas kompliziertere Beziehung zwischen Arbeitslosenrate (u) und der Potential-Output-Lücke als "Okun-Gesetz" bezeichnet: Der Potential Output (PO) ergibt sich dann aus:

$$PO = BIP \cdot (1 + 0,032 (u - u^*))$$

Okun setzte für die "Vollbeschäftigungsarbeitslosenrate" (u^*) den für die USA in den sechziger Jahren realistischen Wert 4% ein. Diese Beziehung (die ebenfalls wieder die 3:1-Regel enthält) kann man zur Schätzung der Arbeitslosenrate aus der Potential-Output-Lücke verwenden.

$$(u - u^*) = \frac{1}{0,032} \left(\frac{PO}{BIP} - 1 \right)$$

Die Schwäche der Okun-Methode liegt neben der Tatsache, daß Kapital nicht berücksichtigt wird, darin, daß eine einmal gewählte "Vollbeschäftigungsarbeitslosenrate" als Zielgröße für die Vollbeschäftigung für alle Zeiten als konstant angenommen wurde. Dieses Problem kann allerdings umgangen werden, indem man die Vollbeschäftigungsarbeitslosenrate über die Zeit als variabel annimmt (d. h. daß für u^* die im Zeit-

sion nicht so steil, doch verharrte die Wirtschaft viel länger auf der Talsohle als in früheren Rezessionen. 1975 wurde die Rezession dank einer kräftigen expansiven Fiskalpolitik rasch wieder überwunden. 1981/82 dagegen ist die Wirtschaftspolitik teils international beeinflusst, teils wegen des höheren Verschuldungsstands des Staates und (davon nicht unabhängig) wegen der hohen Kreditkosten wenig geneigt, rasch und kräftig budgetpolitisch durchzustarten

Die Inlandsnachfrage blieb im Jahresverlauf sehr schwach. Stagnierende Realeinkommen (das persönlich verfügbare Einkommen sank real um 0,5%), schlechte Erwartungen sowie eine niedrige Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte ließen den privaten Konsum im Jahresdurchschnitt stagnieren. Trotz steigender Sparzinsen ist die volkswirtschaftliche Sparquote gesunken (von 9,8% im Jahre 1980 auf 9% 1981). Die "durchschnittliche implizite Verzinsung" von Spareinlagen hat sich von 5,8% 1980 auf 6,6% im Jahre 1981 erhöht. In dieser Entwicklung spiegelt sich das Lizitationsverhalten der Banken um Spareinlagen, wodurch auf dem "freien Markt" der Eckzinssatz von 5% erheblich überboten wurde.

Die Investitionen (Brutto-Anlageinvestitionen, Durchschnitt 1981, real -1,5%) wurden zunehmend durch die hohen Kreditzinsen belastet. Insbesondere die Bauinvestitionen haben sich sehr ungünstig entwickelt. Einer kurzfristigen Erholung im II. Quartal folgte eine drastische Verschlechterung, die bis Jahresende 1980/81 anhielt. Im Jahresdurchschnitt sanken die realen Bauinvestitionen um 2,1%. Die hohen Zinsen dämpften besonders den privaten und den kommunalen Wohnbau. Die öffentlichen Haushalte schränkten ihre Ausgaben für Bauinvestitionen ein. Die Bausparkassen waren in der Darlehensvergabe äußerst restriktiv. Im November wurde angesichts der empfindlichen Verschlechterung in der Bauwirtschaft ein "Baugipfel" einberufen. Die dabei vereinbarten Maßnahmen brachten jedoch wenige zusätzliche Nachfrageimpulse. Erst das Sonderbeschäftigungsprogramm vom Jänner 1982 könnte den Bauinvestitionen 1982 neue Impulse geben

Der drastischen Verschlechterung im Bausektor stand eine relativ günstige Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen (Durchschnitt 1981 real -0,8%) gegenüber. Insbesondere die Industrieinvestitionen dürften 1981 trotz rückläufiger Industrieproduktion real kräftig zugenommen haben (laut Investitionstest der Industrie +10,5%). Das erklärt sich vor allem aus dem besonders niedrigen Ausgangsvolumen 1979. Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent des Umsatzes) erreichte 1979 mit 5,8% ihren tiefsten Wert seit Beginn der Befragungen. 1980 (6,4%) und 1981 (7,0%) ist die Quote wieder leicht gestiegen, allerdings wurde damit noch nicht der langfristige Durchschnitt von 7,5% erreicht. Als Hauptmotiv der Investitionstätigkeit wurde im Vorjahr die Rationalisierung genannt, das Kapazitätserweiterungsmotiv spielt eine sehr geringe Rolle.

Geringere Kapazitätsauslastung — Verschlechterung der Arbeitsmarktlage gegen Jahresende

Das Wachstum der Kapazitäten hat sich sowohl in der Gesamtwirtschaft (das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential oder Potential Output¹⁾ ist 1981 nur um 2,1% gewachsen, nach +2,7% 1980) als auch in der Industrie (die Produktionskapazität²⁾ wurde 1981 nur um 2,4% ausgeweitet, nach fast +3% in den vorangegangenen Jahren) verlangsamt. Da die Produktion in der Gesamtwirtschaft stagnierte bzw. in der Industrie absolut zurückging, ist auch die Kapazitätsauslastung gesunken: in der Industrie von 86% (1980) auf 85% (1981) und in der Gesamtwirtschaft von 98,3% auf 96,4%. Diese Werte liegen aber nicht so tief wie in der schweren Rezession 1975. Die Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft (Brutto-Inlandsprodukt je Erwerbstätigen) hat 1981 ebenfalls stagniert, da sowohl das reale BIP als auch die Zahl der Erwerbstätigen

¹⁾ F. Breuss: Potential Output und gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung, Monatsberichte 2/1982, S. 104ff.

²⁾ K. Aiginger — M. Czerny-Zinegger — W. Klameth — K. Musil: Ergebnisse des Investitionstests vom Herbst 1981, Monatsberichte 1/1982, S. 45ff.

Indikatoren der Kapazitätsauslastung

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
<i>Arbeitsmarkt</i>							
Arbeitslosenrate (in %)	2.0	2.0	1.8	2.1	2.0	1.9	2.4
Arbeitsmarktanspannung ¹⁾	0.6	0.5	0.6	0.5	0.6	0.7	0.4
Industriell-gewerbliche Berufe	0.6	0.7	0.9	0.7	0.8	1.1	0.5
Bauberufe	0.4	0.5	0.6	0.4	0.4	0.5	0.2
Dienstleistungsberufe	0.7	0.7	0.7	0.6	0.7	0.7	0.5
<i>Unternehmerbefragung (Industrie)</i>							
Kapazitätsauslastung (I ¹ Herbst; in %)	82	84	84	83	86	86	85 ²⁾
Anteil der Firmen mit betriebl. Auslastung (KT; in %)	24	32	31	32	45	46	32
Auslastungskoeffizient ³⁾	2.6	2.6	2.9	3.0	3.1	3.0	3.1
Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung (in %) ⁴⁾	95.9	96.7	98.1	95.7	97.9	98.3	96.4

¹⁾ Gemeldete offene Stellen je Arbeitslosen — ²⁾ Vorläufig. — ³⁾ Quotient Auftragsbestände : Produktionswert (ohne Maschinen) — ⁴⁾ BIP / Potential Output 100: laut F. Breuss: Potential Output und gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung, Monatsberichte 2/1982, S. 104ff.

chende Vergleichsdaten der EG-Länder reichen nur bis 1980: Demnach befand sich Österreich weiterhin im Mittelfeld; die höchste Sozialquote hatten wieder die Niederlande mit 30,7%. Während in Österreich 1980 die Sozialquote annähernd konstant blieb, hatte sie in der EG (gemäß den bisher verfügbaren Daten aus vier Ländern) steigende Tendenz. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß sich der Konjunkturrückgang dort früher und stärker auf dem Arbeitsmarkt auswirkte.

Der Anstieg der Sozialausgaben 1981 war zwar mit 9,4% stärker als in den beiden Vorjahren, gemessen am Durchschnitt der siebziger Jahre (12,5%) blieb er dennoch gedämpft. In der Sozialversicherung verlangsamte sich die Ausgabendynamik geringfügig (+9,1%), beim Bund beschleunigte sie sich jedoch erheblich (+10,8% nach +1% im Jahr 1980). Der raschere Anstieg der Ausgaben des Bundes war vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen: Im Vorjahr hatten die Erhöhungen der Beitragssätze für die Versicherten den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung stark reduziert (-8,3%); dieser Effekt fiel 1981 weg, obwohl auch in diesem Jahr die Beitragssätze für die Unselbständigen etwas erhöht wurden. Die Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung der Selbständigen stiegen dagegen um rund 15%. Daneben wirkte sich die starke Ausgabensteigerung in der Ar-

beitslosenversicherung aus (+28,4%); sie erklärt sich aus der Zunahme der Arbeitslosenzahl um ein Drittel (auf knapp 70.000 Personen)

Auch die Ausgaben des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen stiegen mit 8,3% merklich rascher als 1980 (+3,1%), da mit Jahresbeginn die Leistungen angehoben wurden: für das erste Kind von 910 S auf 1.000 S monatlich; für Kinder ab dem 10. Lebensjahr 1 050 S. An die Stelle der bisher nach der Kinderzahl gestaffelten Beihilfe trat nunmehr eine Staffelung nach dem Alter eines Kindes (sie wurde Anfang 1982 weiter ausgebaut). Der Pensionsaufwand des Bundes erhöhte sich 1981 um 9,6%, etwa im gleichen Verhältnis wie in der Pensionsversicherung der Unselbständigen. Der Anteil der Sozialausgaben am gesamten Ausgabenvolumen des Bundes blieb mit knapp 26% konstant.

Kostenauftrieb in der Krankenversicherung etwas verlangsamt

Im Rahmen der Sozialversicherung betragen die Ausgaben der Krankenversicherungsträger 1981 rund 43,5 Mrd. S. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr betrug 7,8% und war die niedrigste seit vielen Jahren. Im Durchschnitt der siebziger Jahre hatte

Übersicht 2

Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit

	Arbeitslosen-	Familienbeihil-	Pensionen des	Bundesbeiträge	Summe	Arbeitslosen-	Familienbeihil-	Pensionen des	Bundesbeiträge	Summe
	versicherung	fen	Bundes	zur Pensions-		versicherung	fen	Bundes	zur Pensions-	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1974	+65,9	+11,1	+13,1	+18,7	+16,2	12	7,1	7,8	9,2	25,2
1975	+15,9	+25,1	+14,7	+36,4	+25,6	11	7,6	7,6	10,7	26,9
1976	+15,5	+7,0	+12,3	+10,8	+10,3	12	7,2	7,5	10,5	26,3
1977	+21,6	+15,4	+9,3	+12,2	+12,7	13	7,8	7,7	11,0	27,8
1978	+32,5	+44,5 ¹⁾	+11,1	-15,6	+10,9 ¹⁾	1,6	10,0 ¹⁾	7,6	8,3	27,4 ¹⁾
1979	+19,4	+6,8	+7,2	+6,5	+7,6	1,7	9,8	7,6	8,1	27,2
1980	+11,0	+3,1	+6,2	-8,3	+1,0	1,8	9,5	7,5	7,0	25,2
1981 ²⁾	+28,4	+8,3	+9,6	+11,1	+10,8	2,1	9,3	7,5	7,0	25,9

Q: Bundesrechnungsabschluss — ¹⁾ Infolge Umstellung der Familienförderung mit Vorjahreswerten nicht vergleichbar — ²⁾ Bundesvoranschlag bzw. vorläufiger Gebarungserfolg

Übersicht 3

Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger

	Krankenversicherung		Unfallversicherung		Pensionsversicherung der				Gesamtausgaben der Sozialversicherung ¹⁾	
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Unselbständigen ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Selbständigen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1972	14 702	+11,5	2 434	+9,3	33 979	+11,4	5 491	+25,1	53 990	+12,6
1973	16 487	+12,1	2 831	+16,3	37 679	+10,9	6 340	+15,5	60 525	+12,1
1974	20 355	+23,5	3 285	+16,0	43 875	+16,4	7 791	+22,9	71 912	+18,8
1975	23 392	+14,9	3 824	+16,4	51 022	+16,3	9 227	+18,4	83 535	+16,2
1976	27 028	+15,5	4 122	+7,8	58 275	+14,2	10 717	+16,1	95 584	+14,4
1977	29 613	+9,6	4 548	+10,3	63 678	+9,3	12 609	+17,7	105 230	+10,1
1978	33 113	+11,8	5 024	+10,5	69 443	+9,1	14 245	+13,0	116 074	+10,3
1979	36 152	+9,2	5 780	+15,0	75 845	+9,2	15 798	+10,9	126 729	+9,2
1980	40 324	+11,5	6 378	+10,3	82 712	+9,1	17 165	+8,7	138 414	+9,2
1981 ²⁾	43 488	+7,8	7 046	+10,5	90 229	+9,1	18 513	+7,9	150 961	+9,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Ohne Transferzahlungen zwischen Versicherungsträgern. — ²⁾ Vorläufige Werte

der einzelnen Währungsgewichte im Devisenkorb bei Industriewaren und im Reiseverkehr auf der Exportseite nicht nur die direkten Exportgewichte (Anteil der Exporte Österreichs in ein Land an den gesamten Exporten Österreichs) herangezogen, sondern zusätzlich sogenannte Drittmarkteffekte berücksichtigt. Diese beruhen auf der Überlegung, daß beispielsweise von einer Veränderung der Schilling/DM-Relation nicht allein die preisliche Konkurrenzposition österreichischer Exporte in die BRD (bzw. der Importe aus der BRD auf dem österreichischen Markt) betroffen ist, sondern zusätzlich auch die Konkurrenzposition österreichischer Exporte gegenüber Exporten der BRD auf Drittmärkten (z. B. in der Schweiz). Erst die Summe beider Komponenten ergibt den Gesamteffekt einer bilateralen Wechselkursänderung in Form von erweiterten Exportgewichten für jede Währung des Devisenkorbs.

Zur Berechnung dieser Drittmarkteffekte wird eine Matrix der Exportverflechtung aller jener Länder herangezogen, die als wichtigste Konkurrenten Österreichs im Exportgeschäft angesehen werden können. Diese Matrix (vgl. Übersicht 5) enthält die Marktanteile jedes Landes als Exporteur von Industriewaren auf allen Absatzmärkten. Berücksichtigt ist aber auch der Teil des Marktvolumens, der aus der Eigenproduktion jedes Landes im Inland abgesetzt wird. Als Ausgangspunkt der Ermittlung dieser Marktanteile dient der Brutto-Produktionswert der Industrie⁵⁾ des jeweiligen Absatzmarktes. Zieht man davon das Exportvolumen dieses Landes an Industriegütern ab, so erhält man den im Inland verfügbaren Teil der Industrieproduktion. Zählt man zu dieser Größe die Importe des Landes an Industriewaren hinzu (= Exporte aller übrigen Länder in dieses Land), dann ergibt sich das für die Berechnung der Marktanteile relevante Marktvolumen des Gesamtabsatzes von Industriegütern. Als Marktanteil jedes Exporteurs in diesem Land gilt dann der Anteil seiner Exporte am Marktvolumen, als Marktanteil des Absatzmarktes (Hauptdiagonale der Konkurrenzmatrix) wird der Anteil des im Inland verbliebenen Teiles der heimischen Industrieproduktion am Marktvolumen bezeichnet. Jeder Exporteur konkurriert daher auf einem bestimmten Absatzmarkt nicht nur mit allen anderen Exporteuren in dieses Land, sondern gleichzeitig auch mit der Industriewarenproduktion des betreffenden Landes.

Auf der Grundlage dieser Konkurrenzmatrix wird das erweiterte Exportgewicht der Währung jedes Landes

dell abgeleitet sind. Im Gegensatz zu anderen Indexkonstruktionen versucht der MERM-Index die umfassendere Frage nach "der" Zahlungsbilanzreaktion infolge von Wechselkursänderungen zu beantworten. Vgl. zur jüngsten Version des MERM-Index J. R. Artus — A. K. McGuirk: A Revised Version of the Multilateral Exchange Rate Model, IMF-Staff Papers 2/1981.

⁵⁾ Ohne Nahrungsmittel (ISIC 311/2), Getränke (ISIC 313) und Tabak (ISIC 314).

Übersicht 1

Schematische Darstellung zur Berechnung der Elemente für die Konkurrenzmatrix Industriewarenexporte¹⁾

	in Mrd S	Marktanteile im Land X in %
Brutto-Produktionswert der Industrie des Landes X	1 000	—
minus Exporte an Industriewaren	250	—
Im Inland verfügbarer Teil der Industrieproduktion des Landes X	750	70,8
plus Importe an Industriewaren		
aus dem Land A	80	7,5
aus dem Land B	130	12,3
aus dem Land C	100	9,4
Marktvolumen für Industriewaren im Land X	1 050	100,0

¹⁾ Die dazu analoge Berechnung der Konkurrenzmatrix Reiseverkehrsexporte erfolgte auf Basis der Nächtigungsstatistiken (Inländer- Ausländernächtigungen) durch das Fremdenverkehrsreferat des Institutes

im Devisenkorb des österreichischen Wechselkursindex durch Summierung über die mit dem direkten Exportgewicht des jeweiligen Absatzmarktes im österreichischen Export multiplizierten Marktanteile des Landes auf allen Absatzmärkten ermittelt. Mit diesem Vorgehen wird erreicht, daß das Ausmaß der Konkurrenzierung österreichischer Exporte auf Drittmärkten von der relativen Bedeutung dieses Marktes im Rahmen der Gesamtexporte Österreichs und gleichzeitig vom Marktanteil der Konkurrenzexporteure (bzw. des Landes selbst) auf diesem Markt abhängt.

Übersicht 2

Schematische Darstellung zur Berechnung von erweiterten Exportgewichten (Marktanteile in %)

Anbieter	Absatzmärkte			Erweiterte Exportgewichte in %
	A	B	C	
Land A	70,0	25,0	7,0	34,00 ¹⁾
Land B	15,0	65,0	10,0	36,25
Land C	15,0	10,0	83,0	29,75
Osterreich ²⁾	30,0	45,0	25,0	100,0

¹⁾ Z. B. erweitertes Exportgewicht des Landes A = 70,0 · 30,0 + 25,0 · 45,0 + 7,0 · 25,0 = 71,25
²⁾ Struktur der österreichischen Exporte (in %) (= direkte Exportgewichte)

Mit Hilfe der so errechneten erweiterten Exportgewichte für Industriewaren und im Reiseverkehr sowie der direkten Gewichte in allen übrigen Bereichen wurde dann der Index bzw. die einzelnen Teilindizes als gewogenes geometrisches Mittel der Wechselkurse (August 1979 = 100) berechnet. Das gewogene geometrische Mittel eignet sich vor allem durch seine Symmetrieeigenschaften für den Bau von Wechselkursindizes. Im Gegensatz zu anderen Konstruktionsformen bewirkt hier eine Abwertung des Schillings gegenüber allen Währungen um 10% die gleiche Indexveränderung wie eine Aufwertung aller

auch vier verschiedene Fremdkapitalbegriffe, wobei die spezifischen Abgrenzungskriterien aus den unterschiedlichen Eigenkapitalfunktionen abgeleitet wurden. Das Eigenkapital im engsten Sinn — dieser Begriff ist im wesentlichen mit dem bilanzierten Eigenkapital (Grundkapital + Rücklagen) ident — sank bei den Industrie-Aktiengesellschaften — bezogen auf die Bilanzsumme — von 60% 1955 auf 26% 1979; dementsprechend stieg der Fremdkapitalanteil von 40% auf 74%.

Der Anstieg der Fremdkapitalquoten (Anteil des Fremdkapitals in Prozent der Bilanzsumme) wird naturgemäß mit zunehmender Weite der Eigenkapitaldefinition immer schwächer. Der aus der Finanzierungsfunktion des Eigenkapitals abgeleitete "weinste" Eigenkapitalbegriff, der nach *Aiginger — Bayer* neben dem bilanzierten Eigenkapital auch alle Rückstellungen und von den Autoren geschätzte stille Reserven umfaßt, hat zwar ebenfalls einen sinkenden Trend, die Eigenkapitalquote sank jedoch innerhalb von 24 Jahren (1955 bis 1979) nur um 8,5 Prozentpunkte.

In der betriebswirtschaftlichen Finanzierungstheorie wird die Fremd- bzw. Kreditfinanzierung von der Eigenfinanzierung üblicherweise dadurch abgegrenzt, daß bei der Fremdfinanzierung Kapital

(a) von "außen", d. h. Kapital, das nicht aus dem Leistungsprozeß des zu finanzierenden Unternehmens stammt, aufgenommen bzw.

(b) durch Bildung von Rückstellungen im Wege der Innenfinanzierung dem Unternehmen

zugeführt wird. Weiters unterscheidet sich die Fremd- von der Eigenfinanzierung dadurch, daß die Fremdkapitalgeber keinen formalen Anspruch auf ein Mitspracherecht an der Unternehmensführung erheben können.

Auch ist die Dauer der Kreditüberlassung in der Regel befristet, und es besteht nur ein Rechtsanspruch auf Rückzahlung des Kredites in nomineller Höhe, d. h. es entsteht keine Beteiligung am Vermögenszuwachs und an den stillen Reserven der Unternehmung. Die für die Kredite zu leistenden Zins- und Tilgungszahlungen bedeuten für die Unternehmungen eine feste Liquiditätsbelastung, die auf Grund der fixierten Zins- und Rückzahlungsmodalitäten unabhängig vom Geschäftsverlauf regelmäßig anfällt.

In der Einteilung der Fremdfinanzierung bzw. der Kreditarten haben sich weder in der Literatur noch in der Praxis einheitliche Gliederungskriterien herausgebildet. Meist wird nach der Herkunft des Kapitals, nach den Fristigkeiten der Kredite und nach deren Verwendungszweck gegliedert. Den Gliederungsvorschriften des Österreichischen Aktiengesetzes § 131, 132 ist zu entnehmen, daß die Verbindlichkeiten in lang- und kurzfristige Verbindlichkeiten zu untergliedern sind, allerdings enthält es im Gegensatz zum deutschen Aktiengesetz keine Bestimmungen über die Fristig-

keitsgrenzen. In der Praxis werden in der Regel alle Kredite mit einer Laufzeit über einem Jahr als langfristige Kredite bzw. Verbindlichkeiten bilanziert, ansonsten wird die Fremdfinanzierung nach der Herkunft des Fremdkapitals, d. h. nach den Kreditgebern, gegliedert.

Die ökonomisch sinnvollste Gliederung der Kredite, insbesondere der Bankkredite, ist jedoch die nach dem Finanzierungs- bzw. Verwendungszweck. Im Rahmen der Unternehmensfinanzierung wird die Kreditfinanzierung in Investitions-, Umsatz-, Lager- und Zwischenfinanzierung unterteilt. Investitionskredite dienen zur Finanzierung von Investitionen, die im Anlagevermögen verwendet werden. Die Umsatzkredite bzw. Betriebsmittelkredite werden zur Finanzierung des Umlaufvermögens bzw. zur Deckung des Umsatz- und Lagerfinanzungsbedarfs benötigt. Zwischenkredite dienen vor allem der Finanzierung von Überbrückungsbedarf oder von Verlusten (vgl. *Perri-don — Steiner, 1977, S. 183ff*).

Die Kredite im allgemeinen und die Bankkredite im besonderen werden jedoch in Österreich nur in bank- und betriebsinternen, der Wirtschaftsforschung nicht zugänglichen Statistiken nach Verwendungszwecken unterteilt. Die offizielle Kreditstatistik der OeNB gliedert die Bankdirektkredite an inländische Nichtbanken nach den juristisch-bankwirtschaftlichen Kriterien (Wechsel, Darlehen u. a.), nach der Höhe der Kredite und nach deren Laufzeiten. Diese Unterteilungen werden jedoch nur für die aushaftenden Bankdirektkredite an inländische Nichtbanken insgesamt und nicht nach den verschiedenen Kreditnehmergruppen (Industrie, Gewerbe u. a.) vorgenommen.

Die Fremdfinanzierungsstruktur der österreichischen Industrie

Die Struktur der Fremd- oder Kreditfinanzierung der österreichischen Industrieunternehmen und deren Veränderung im Zeitverlauf läßt sich, da es keine repräsentative Bilanz für die Industrieunternehmen insgesamt gibt, nur an Hand der industriellen Aktiengesellschaften darstellen (das Bilanzen-Sample der OeNB stand dem Institut leider nicht in ausreichender Disaggregation zur Verfügung).

Legt man den bilanzierten, d. h. den buchhalterisch-betriebswirtschaftlichen Fremdkapitalbegriff zugrunde, der neben den kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten auch die Rückstellungen umfaßt, dann blieb die Struktur der Fremdfinanzierung der industriellen Aktiengesellschaften mit Ausnahme der langfristigen Verbindlichkeiten und der Kundenanzahlungen, bezogen auf die Bilanzsumme, ab 1970 relativ stabil (siehe Übersicht 2).

Insbesondere die Rückstellungen, die sich buchhalterisch von Verbindlichkeiten durch die Ungewißheit

der etwas flacher verlaufende Trend der siebziger Jahre (etwa 7%) wurde nicht erreicht.

1982: Investitionsvolumen geringer als erwartet

Die Frühjahrsumfrage über die für das Jahr 1982 insgesamt geplanten Industrieinvestitionen brachte im Vergleich zur Erhebung im Herbst 1981 deutliche Korrekturen. Die gemeldeten Investitionspläne in der Herbsthebung hatten ein geplantes Investitionsvolumen für 1982 von 42 Mrd. S ergeben. Die bisherigen Meldungen in der Frühjahrserhebung lassen jedoch für 1982 nur noch ein Volumen von höchstens 39,5 Mrd. S erwarten.

Diese Korrektur des voraussichtlichen Gesamtvolumens der Industrieinvestitionen für 1982 hat drei Ursachen. Zum einen verursachte eine Fehlmeldung eines Großunternehmens über seine Investitionshöhe in der Herbstumfrage eine statistisch nicht unerhebliche Diskrepanz zwischen 2. Plan und 1. Plan (das betreffende Unternehmen meldete irrtümlich anstatt der erwarteten Investitionsausgaben für das Jahr 1982 das voraussichtliche Gesamtvolumen eines mehrjährigen Investitionsprogramms). Eine ebenfalls stärkere Revision des voraussichtlichen Gesamtvolumens der Industrieinvestitionen wurde u. a. auch deshalb notwendig, weil das 2,5-Mrd.-S-Projekt des Sulfatzellstoffwerkes Pöls heuer nicht annähernd in dem Ausmaß investitionswirksam wird, wie noch im Herbst des vergangenen Jahres angenommen wurde. Die dritte Ursache für die im Vergleich zum Herbst des vergangenen Jahres nach unten revidierten Investitionspläne liegt ganz allgemein in der sich nur zögernd aus der Stagnation der letzten Jahre lösenden Wirtschaftsentwicklung. Die nach wie vor stagnierende Nachfrage nach Industrieprodukten und die nur schwachen Anzeichen einer nationalen und internationalen Konjunkturbelebung verhinderten bis jetzt den für die Dynamik und die Stabilität einer Investitionskonjunktur so wichtigen und notwendigen Aufbau eines günstigen konjunkturellen Investitionsklimas. Vor allem der immer kleiner werdende Finanzierungsspielraum führte im 1. Halbjahr zu stärkeren Kürzungen des laufenden Investitionsprogramms. Insbesondere das anhaltend hohe Zinsniveau ließ Unternehmen mit einem hohen Anteil an Fremdkapi-

Übersicht 3

Revision der Investitionspläne

	Erhebungszeitraum				1981	1982
	1976	1977	1978	1979		
	Mill. S					
Herbst 1975	20 734					
Frühjahr 1976	22 764					
Herbst 1976	21 289	25 337				
Frühjahr 1977	23 356	29 514				
Herbst 1977		26 286	27 186			
Frühjahr 1978	22 775	27 492	29 386			
Herbst 1978		26 730	24 957			
Frühjahr 1979		27 838	27 196	27 109		
Herbst 1979			27 301	30 240		
Frühjahr 1980		28 011	27 408	33 067		
Herbst 1980				32 697	35 514	
Frühjahr 1981			27 432	33 080	39 639	
Herbst 1981					37 403	42 020
Frühjahr 1982				33 243	38 393	35 506

Übersicht 4

Höhe und Veränderung der Investitionen 1979 bis 1981

	1979	1980 ¹⁾	1981 ²⁾	1979	1980 ¹⁾	1981 ²⁾
	Mill. S					
Industrie insgesamt	27 432	33 243	38 393	- 2,1	+21,2	+ 15,5
Grundstoffindustrie	5 845	6 006	5 372	- 1,1	+ 2,8	- 10,6
Investitionsgüterindustrie	11 731	15 007	18 309	+ 9,3	+27,9	+ 22,0
Konsumgüterindustrie	9 856	12 230	14 712	- 13,3	+24,1	+ 20,3
Bergwerke	761	691	499	+ 16,6	- 9,1	- 27,9
Eisenerzeugende Industrie	2 971	3 366	2 413	+ 44,2	+13,3	- 28,3
Erdölindustrie	3 083	3 424	2 929	- 6,7	+11,1	- 14,4
Stein- und keramische Industrie	1 688	2 008	1 755	- 19,7	+18,9	- 12,6
Glasindustrie	785	1 037	643	+ 76,2	+32,2	- 38,1
Chemische Industrie	2 838	3 231	3 338	- 11,8	+13,8	+ 3,3
Papierzeugung	773	965	1 448	- 72,1	+24,8	+ 50,1
Papierverarbeitung	329	371	411	+ 19,2	+12,5	+ 10,7
Holzverarbeitung	921	869	727	+ 9,3	- 5,8	- 16,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2 128	2 565	2 701	- 21,7	+20,5	+ 5,3
Lederzeugung	55	37	44	+181,7	-31,8	+ 17,8
Lederverarbeitung	190	303	347	- 3,7	+59,0	+ 14,6
Gießereindustrie	314	519	532	+ 11,5	+65,4	+ 2,4
Metallindustrie	379	467	368	+ 33,2	+23,2	- 21,2
Maschinen-, Stahl- und Eisenbau	2 389	4 086	8 187	+ 9,3	+71,1	+100,4
Fahrzeugindustrie	1 190	1 425	3 803	- 1,9	+19,7	+166,9
Eisen- und Metallwarenindustrie	2 000	2 387	2 909	- 5,9	+19,4	+ 21,9
Elektroindustrie	3 134	3 911	3 649	+ 68,0	+24,8	- 6,7
Textilindustrie	1 245	1 304	1 402	+ 9,0	+ 4,8	+ 7,5
Bekleidungsindustrie	259	277	288	- 16,1	+ 6,7	+ 3,8

¹⁾ Bis 1980 endgültige Werte - ²⁾ Vorläufige Ergebnisse Ohne Berücksichtigung des Revisionsverhaltens

lichen Vorteil gegenüber einem ganzjährig Beschäftigten mit gleichem monatlichem Arbeitsverdienst, da bei der Ermittlung des zu versteuernden Jahreseinkommens das Arbeitslosengeld außer Betracht bleibt.

Zur Messung der effektiven Einkommenseinbuße eines Arbeitslosen werden die oben erwähnten Faktoren in den folgenden Modellrechnungen berücksichtigt. Es wird hierbei jeweils das Jahres-Nettoeinkommen eines ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmers mit dem eines Arbeitnehmers mit gleichem Bruttoverdienst verglichen, der im gleichen Jahr eine bestimmte Zeit lang arbeitslos war. Da es sich um eine Ex-post-Betrachtung des Jahreseinkommens handelt, kann der Einfluß von Sonderzahlungen und des Lohnsteuerausgleichs berücksichtigt werden. Zusätzlich wird unterstellt, daß der Arbeitslose jeweils vollen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat. Die Modellrechnungen wurden für drei verschiedene Einkommensvarianten erstellt:

- für einen Arbeiter mit einem Brutto-Monatslohn von 11 143 S (bei vierzehn Monatslöhnen pro Jahr), das entspricht ungefähr dem Durchschnittsverdienst eines Industriearbeiters im Jahr 1981,
- für einen Arbeiter mit einem Monatslohn von 7.400 S, also etwa zwei Drittel des Durchschnittsverdienstes (diese Variante berücksichtigt, daß vor allem unterdurchschnittlich bezahlte Arbeitskräfte von Arbeitslosigkeit betroffen sind),
- für einen Angestellten mit einem Monatsgehalt von 22.286 S, das entspricht dem Doppelten des Durchschnittsniveaus. In dieser Variante kann die Auswirkung der Arbeitslosigkeit bei einem Einkommen festgestellt werden, das über der Höchstbemessungsgrundlage des Arbeitslosengeldes liegt.

Schließlich wurde nach der familiären Situation eines Arbeitslosen differenziert, das heißt, es wurde einerseits ein alleinstehender Arbeitsloser herangezogen, andererseits ein verheirateter Alleinverdiener mit 2 Kindern.

Zur Berechnung der Einkommenseinbußen wurde jeweils vom Bruttoverdienst ausgegangen und durch Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Nettoverdienst ermittelt. Zu diesem wurde — wenn ein entsprechender Anspruch gegeben war — die Familienbeihilfe hinzugezählt. Für den Arbeitslosen wurde nun das Arbeitslosengeld (einschließlich der Familienzuschläge) dem Jahreseinkommen hinzugefügt sowie überdies die rückerstattete Lohnsteuer auf Grund des Jahresausgleichs, der wegen der nicht ganzjährigen Beschäftigung geltend gemacht werden konnte. Schließlich wurde das Netto-Jahreseinkommen des Arbeitslosen dem des ganzjährig Beschäftigten gegenübergestellt.

Dieses Berechnungsmodell liefert ein viel genaueres Bild der Einkommenslage bei Arbeitslosigkeit als eine

isolierte Betrachtung des Arbeitslosengeldes. Dennoch bleiben auch in den hier gewählten Modellfällen einige Faktoren unberücksichtigt, deren allgemeine Bedeutung zum Teil schwer quantifizierbar ist, die jedoch bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden sollten. So konnte der Wegfall gewisser "Werbungskosten" bei Arbeitslosigkeit — wie z. B. Fahrtkosten zum Arbeitsplatz, Arbeitskleidung u. ä. — nicht erfaßt werden; dem stehen allerdings zusätzliche Kosten der Arbeitssuche gegenüber. Neben dem Arbeitsverdienst verliert ein Arbeitsloser auch die Vergünstigungen durch betriebliche Sozialleistungen seines bisherigen Arbeitsplatzes, andererseits erwirbt er unter Umständen Anspruch auf bestimmte andere soziale Erleichterungen (z. B. Befreiung von Rundfunk- und Telefongebühren). Im Einklang mit den verfügbaren internationalen Daten wurde zur Berechnung der Einkommensverluste der Zeitraum eines Kalenderjahres gewählt. Perioden der Arbeitslosigkeit, die sich über die Grenze eines Kalenderjahres erstrecken, würden zu etwas anderen Ergebnissen führen, insbesondere bei der Berechnung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs. Ceteris paribus ergibt eine Periode der Arbeitslosigkeit, die in zwei Kalenderjahre fällt, einen größeren Steuervorteil und daher einen geringeren Einkommensverlust als eine gleich lange Periode innerhalb eines Kalenderjahres.

Die Auswirkung von zusätzlichen Steuerfreibeträgen, die vom Erwerbstätigen geltend gemacht werden können (z. B. für Aufwendungen für private Versicherungen, für Schaffung von Wohnraum u. a.), wurde nur ansatzweise untersucht, ebenso die Auswirkung von Überstundenzahlungen als Teil des Erwerbseinkommens. Hierbei zeigte sich, daß zusätzliche Steuerfreibeträge (da sie auch im Jahresausgleich wirksam werden) den Netto-Einkommensausfall bei Arbeitslosigkeit eher dämpfen, der Wegfall von Überstundenzahlungen ihn dagegen verstärkt. Da die beiden Effekte in entgegengesetzte Richtung wirken, kann angenommen werden, daß sie einander zum Teil kompensieren.

Eine weitere Einschränkung ist dadurch gegeben, daß die vorliegenden Berechnungen den "objektiven" Einkommensverlust bei Arbeitslosigkeit in einer Ex-post-Betrachtung feststellen. Dieser kann jedoch vom "subjektiven" Verlust aus der Sicht des einzelnen Arbeitslosen erheblich abweichen: Ihm ist die Dauer seiner Beschäftigungslosigkeit in der Regel nicht im Vorhinein bekannt, sodaß die Unsicherheit über die effektive Einkommenseinbuße hinzutritt; auch dürfte die Mehrheit der Arbeitslosen die mit zeitlicher Verzögerung rückerstattete Lohnsteuer auf Grund des Jahresausgleichs nicht ex ante als Bestandteil ihres Einkommens bei Erwerbslosigkeit wahrnehmen. Für mikroökonomische Erklärungsansätze der Arbeitslosigkeit in Abhängigkeit von der Höhe der Einkommenssicherung (insbesondere die

bautätigkeit durch. Darin wurde versucht, die gesamte jährliche Bauleistung der österreichischen Baufirmen (einschließlich aller Zweigniederlassungen) im Ausland von 1977 bis 1982 zu erfassen. Daneben wurden zusätzlich quantitative und qualitative Kriterien über die Struktur des Auslandsbaus erhoben, um Informationen zu erhalten, die über das vorhandene Material der amtlichen Statistik hinausgehen.

Die WIFO-Befragung über den Auslandsbau wurde im Rahmen des Konjunkturtests durchgeführt. Dieser erhebt seit 1974 viermal jährlich Konjunkturindikatoren für die österreichische Bauwirtschaft. Der WIFO-Konjunkturtest ist eine Stichprobenerhebung. In der Stichprobe der Sonderbefragung waren 678 Firmen³⁾ des Hoch- und Tiefbaus enthalten, sowohl Betriebe des Bauhauptgewerbes als auch der Bauindustrie. Die Rücklaufquote war mit 60% relativ hoch. Von den befragten und antwortenden Bauunternehmungen waren 20 im Ausland tätig⁴⁾. Ein Vergleich mit Unterlagen der Bundeskammer ergab, daß damit alle großen, im Ausland engagierten Firmen erfaßt sein dürften, kleinere Betriebe wurden allerdings nur zum Teil erfaßt. Die WIFO-Statistik über den Bauexport beruht auf den Angaben der meldenden 20 Baufirmen. Vorschläge für nicht erfaßte Kleinbetriebe wurden nicht gemacht. Die Angaben dürften daher eine Untergrenze des Bauexports darstellen. Die Bauexporte laut WIFO-Statistik brachten höhere Ergebnisse als jene der beiden obgenannten Quellen (1980 1,4 Mrd. S).

Neben diesen "Hauptstatistiken" können weitere sta-

tistische Quellen für die Erfassung und Analyse der Bauexporte herangezogen werden:

In der *Umsatzsteuerstatistik* werden (neben den steuerbaren Gesamtumsätzen) die steuerfreien Ausfuhrleistungen (§ 6 Z. 1 des Umsatzsteuergesetzes 1972) gesondert ausgewiesen. Nicht erfaßt werden Leistungen, die ausschließlich oder überwiegend im Ausland erbracht werden (da nicht steuerbar). In der Umsatzsteuerstatistik werden Unternehmungen nach dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit der Branche zugeordnet. Die Abgrenzung der Umsatzsteuerstatistik kann daher von jener der Baustatistik abweichen. Von den Exporten des Sektors Bauwirtschaft laut Umsatzsteuerstatistik (1977 1 Mrd S) entfällt nur etwa ein Drittel bis die Hälfte auf den Hoch- und Tiefbau (1977 0,3 Mrd. S). Vor allem in der jüngeren Vergangenheit entfällt ein größerer Teil der Bauexporte auf das Bauhilfsgewerbe (0,4 Mrd S) und auf Bauinstallationen (0,3 Mrd. S). Die Vorteile der Umsatzsteuerstatistik liegen darin, daß sie auch Daten für die Vergangenheit sowie Angaben über die Anzahl und die detaillierte branchenmäßige Zugehörigkeit der Exporteure enthält; ihr Nachteil ist u. a. die mangelnde Aktualität.

Die österreichische *Zahlungsbilanz* enthält unter Dienstleistungen die Position "Bau-, Montage- und Reparaturkosten". Ein gesonderter Ausweis der Bauexporte ist nicht möglich. Einnahmen aus Bauexporten im Sinne der Zahlungsbilanz resultieren aus Überweisungen aus dem Ausland an österreichische Baufirmen; nicht erfaßt sein dürften im allgemeinen Bauleistungen im Zusammenhang mit dem österreichischen Anlagenbau, wenn die Bezahlung an einen — nicht der Baubranche zugehörigen — österreichischen Generalunternehmer erfolgt. Ferner dürfte auch ein Teil jener Zahlungen nicht erfaßt sein, der von den im Ausland befindlichen Baustellen direkt an lokale Arbeitskräfte u. a. geleistet wird. Ein Vorteil der Zahlungsbilanzstatistik besteht darin, daß sie seit langem verfügbar ist und aktuelle Informationen liefert.

³⁾ Es handelt sich bei der Konjunkturtest-Befragung des WIFO um eine Stichprobe, die gemessen an der Beschäftigung 50% bis 60% des gesamten Hoch- und Tiefbaus repräsentiert.

⁴⁾ Die Meldungen der WIFO-Erhebung wurden nicht hochgerechnet. Vergleiche mit der Befragung der Bundeskammer ergaben, daß es sich bei der WIFO-Erhebung beinahe um eine Vollerhebung der Auslandsbauaktivitäten der Hoch- und Tiefbauunternehmen handelt. In der WIFO-Erhebung sind möglicherweise Kleinbetriebe unterrepräsentiert. Die WIFO-Erfassung der Bauexporte dürfte eher eine Untergrenze darstellen.

Übersicht 1

Bauexporte nach unterschiedlichen Statistiken

	Baustatistik		Erhebung der Bauindustrie (ViBÖ)			WIFO-Erhebung			Umsatzsteuerstatistik		Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
	Hoch- und Tiefbau Mill. S	Exportquote ²⁾ in %	Hoch- und Tiefbau Mill. S	Exportquote ²⁾ in %	Exportintensität ⁴⁾ in %	Hoch- und Tiefbau Mill. S	Exportquote ²⁾ in %	Exportintensität ⁴⁾ in %	Bauwirtschaft insgesamt Mill. S	Exportquote ²⁾ in %	
1973									421	0,9	1 205
1974									531	0,7	1 230
1975			201		3,8				562	0,5	798
1976	338	0,6	596	1,0	7,2				689	0,8	1 256
1977	536	0,8	444	0,7	6,0	479	0,7	12,7	1 029	0,9	1 181
1978	504	0,7	929	1,4	10,0	870	1,3	11,2	1 116	1,0	1 647
1979	830	1,1	921	1,2	10,7	1 036	1,3	10,9			2 185
1980	930	1,2	1 015	1,3	9,8	1 440	1,8	11,4			2 777
1981						3 008	3,6	18,6			2 996
1982 ¹⁾						4 274		25,3			

¹⁾ Bau-, Montage- und Reparaturkosten — ²⁾ In Prozent der Gesamtumsätze der entsprechenden Statistik. — ³⁾ Bezogen auf den gesamten Bauumsatz lt. Baustatistik — ⁴⁾ In Prozent der Gesamtumsätze der exportierenden Baufirmen lt. ViBÖ-Erhebung (Vereinigung industrieller Bauunternehmungen Österreichs) — ⁵⁾ Bezogen auf die gesamten Bauumsätze lt. Baustatistik — ⁶⁾ In Prozent der Gesamtumsätze der exportierenden Baufirmen lt. WIFO-Erhebung — ⁷⁾ Prognose.

Übersicht 2

Österreichs Exportpreise für Industriewaren
In Dollar

	Chemische Erzeugnisse (SITC 5)	Bearbeitete Waren (SITC 6)	Maschinen Verkehrsmittel (SITC 7) 1979 = 100	Sonstige Fertigwaren (SITC 8)	Insgesamt (SITC 5 bis 8)
1970	41,4	36,8	33,6	34,6	35,7
1971	40,9	38,7	37,3	37,3	38,2
1972	42,0	41,1	42,5	41,3	41,6
1973	51,6	50,8	51,7	51,2	51,2
1974	82,1	63,2	59,0	60,1	62,9
1975	81,7	71,5	71,1	69,6	71,9
1976	72,4	69,1	70,2	66,4	69,3
1977	79,9	76,6	77,3	75,8	77,0
1978	89,4	86,8	91,9	87,2	88,7
1979	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1980	108,0	108,6	104,9	106,9	107,4
1981	94,6	93,7	91,5	89,2	92,4

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt; Fisher-Index (Basis 1979) verkettet mit Paasche-Index (Basis 1971)

den Indizes treten vor allem bei Vorprodukten hervor, bei Industriewaren sind die Diskrepanzen gering. In den meisten westlichen Industrieländern und auch in Österreich stehen keine "echten" Preisindizes zur Verfügung, sodaß die Untersuchung auf der Basis von Durchschnittswerten bzw. Durchschnittspreisindizes ("Unit-Values") durchgeführt werden mußte. Die Berechnung der Durchschnittswerte geht von den Anmeldungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr aus, wobei für jede einzelne Zolltarifposition (7-Steller der Außenhandelsstatistik) durchschnittliche Kilogrammpreise ermittelt werden. Die Veränderungen dieser so ermittelten Durchschnittswerte lassen sich für weitgehend homogene, eng abgegrenzte Warenpositionen als Preisveränderungen interpretieren. Bei Waren, die in unterschiedlichen Qualitäten hergestellt werden, wie z. B. Maschinen, kann bei einem Steigen der Durchschnittswerte nicht zwischen einer Preis- und einer Qualitätsveränderung unterschieden werden. Das Problem vergrößert sich mit zunehmendem Aggregationsgrad. Ein weiteres Problem für die Untersuchung entstand noch dadurch, daß zu Jahresbeginn 1978 die Warennomenklatur der Außenhandelsstatistik (SITC-revised 1 wurde durch SITC-revised 2 abgelöst) stark geändert wurde, wodurch die Vergleichbarkeit der Indizes im Zeitverlauf beeinträchtigt ist. Dies trifft vor allem für Indizes innerhalb der Industriewaren (insbesondere bei Maschinen und Verkehrsmitteln) zu, für die Industriewaren insgesamt ist das Problem geringer.

Österreichische Exportpreise stiegen schwächer als jene der Handelspartner

Im Zuge des kräftigen Wirtschaftsaufschwungs gegen Ende der sechziger Jahre zogen die Welthan-

delspreise kräftig an. Auf Dollarbasis spielt allerdings auch die Abwertung dieser Währung gegenüber den Hartwährungen seit Anfang der siebziger Jahre eine Rolle. Von 1969 bis 1974 stiegen auf Dollarbasis die Exportpreise der westlichen Industrieländer insgesamt (also einschließlich Übersee) mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von etwa 13½%, die Exportpreise der westeuropäischen Industrieländer allein erhöhten sich mit 13% pro Jahr etwas schwächer. Die Ausfuhrpreise für industriell erzeugte Halb- und Fertigwaren stiegen dagegen etwa um 11½% pro Jahr, in Westeuropa um 12½%. Die Phase von 1969 bis 1974 war durch ein rasches Wirtschaftswachstum, die Rohwarenhause und den Lagerboom 1974 als Reaktion auf die erste Erdölkrise gekennzeichnet. Danach ließ das Wachstumstempo merklich nach, und auch der Preisauftrieb im Welthandel schwächte sich (vorübergehend) etwas ab. Durch den starken Wertverlust der US-Währung zogen die Exportpreise auf Dollarbasis 1978 wieder an. In den Jahren 1979/80 förderte die zweite "Energiepreiskrise" den Preisauftrieb. 1981 waren insgesamt gesehen die Exportpreise auf Dollarbasis rückläufig (vgl. *Stankovsky — Walterskirchen — Pollan — Smeral, 1981*). Diese jüngste Entwicklung hängt in erster Linie mit der Dollarhause zusammen. Im Jahr 1981 sanken nämlich in den einzelnen westeuropäischen Industrieländern wechselkursbedingt die Preise auf Dollarbasis. Verstärkt wurde der Rückgang der Exportpreise noch durch die Rezession in den westlichen Industrieländern. Die Exportpreise der USA und — bedingt durch die Yen-Aufwertung — auch die Exportpreise Japans stiegen dagegen in Dollar weiter. Im Durchschnitt der Periode 1974/1981 erhöhten sich die Exportpreise der westlichen Industrieländer insgesamt um rund 8½% pro Jahr, die Exportpreise für Industriewaren um etwa 7½%. In Westeuropa allein stiegen im gleichen Zeitraum die gesamten Ausfuhrpreise (+8%) und auch die Preise für Industriewaren (+7%) schwächer. In beiden Untersuchungsperioden zogen wegen der zwei Energiepreiskrisen die Exportpreise für Industriewaren weniger an als die für die Ausfuhr insgesamt.

Übersicht 3

Entwicklung der Exportpreise im internationalen Vergleich
In Dollar

	1969/1974		1974/1980		1974/1981	
	Industrie- waren (SITC 5 bis 8)	Insgesamt (SITC 0 bis 9)	Industrie- waren (SITC 5 bis 8)	Insgesamt (SITC 0 bis 9)	Industrie- waren (SITC 5 bis 8)	Insgesamt (SITC 0 bis 9)
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %					
Österreich	13,9	14,5	9,3	9,7	5,6	5,9
Konkurrenzländer ¹⁾	12,7	13,6	11,2	11,3	7,8	8,0
Industrieländer	11,3	13,4	10,0	10,4	7,7	8,3
Europa	12,6	13,1	10,8	11,3	7,2	8,0
BRD	14,5	15,0	10,2	10,2	6,4	6,5

¹⁾ Gewogen mit Exportanteilen 1975

auswirken kann, wenn die Nominalzinsen weiter sinken.

Derzeit führt die Kumulierung von Auslandsschulden gemeinsam mit dem hohen Zinsniveau der letzten Jahre dazu, daß manche Schuldnerländer, die schon bisher wegen der stetig zunehmenden Auslandsverschuldung als potentielle Krisenfälle gegolten hatten, diese Schuld zum Teil nur noch über weitere Kreditaufnahmen bedienen können. Da die Anleger von Finanzmitteln hierfür eine zusätzliche Risikoprämie erwarten, verhärteten die Konditionen (sinkende Laufzeiten, steigende Verzinsung) und das Schuldnerisiko wächst weiter. Aus diesem Teufelskreis können die Anleger derzeit nur entkommen, wenn sie ihre Mittel nicht mehr bei hochverschuldeten Ländern anlegen. Dies wiederum treibt manche dieser Länder in Umschuldungsverhandlungen bzw. zu den internationalen Finanzhilfeorganisationen. Die Daten über das Volumen des Eurogeld- und Kreditmarktes spiegeln diese Situation deutlich wider. Seit dem letzten Höhepunkt im Jahre 1980 hat sich nicht nur das Einlagen- und Kreditwachstum auf den Euromärkten abgeschwächt, sondern gleichzeitig sind auch die Laufzeiten kürzer und die Kreditzusagen gemessen an den aushaftenden Forderungen der Euro-Banken geringer geworden.

Auf der Jahrestagung des internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Toronto im September dieses Jahres war die Entwicklung der internationalen Finanzierungsströme und ihre Risiken eines der Hauptthemen. Die Liquiditätskrise Mexikos, die vor allem die US-Gläubigerbanken trifft, erhöhte die Kompromißbereitschaft in den Fragen der Dotierung der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der IWF-Quotenerhöhung (durch die der Kreditgewährungsspielraum des Fonds erweitert werden soll) und eines internationalen Auffangnetzes ("Feuerwehr-

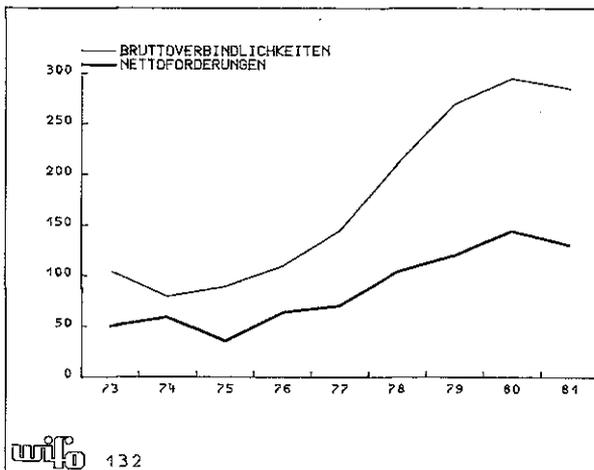
fonds") für zahlungsschwache Länder. Dieser Sonderfonds (im Gespräch ist ein Betrag von etwa 25 Mrd. \$) wird aber voraussichtlich im Rahmen des Zehnerclubs und nicht des IWF errichtet werden. Die Quotenerhöhung könnte nach den letzten Diskussionen etwas mehr als 50% ausmachen, sodaß die neue IWF-Gesamtquote über 100 Mrd. Sonderziehungsrechte betragen könnte.

Internationales Zinsniveau sinkt weiter — Österreich zieht mit

Herrschte im 1. Halbjahr 1982 noch große Unsicherheit, ob der Höhepunkt der internationalen Zinshausse bereits überschritten sei, so ist der Zinstrend gegenwärtig eindeutig nach unten gerichtet. Dies gilt zumindest für die Nominalzinssätze, in denen offensichtlich die geänderten Inflationserwartungen durchschlagen, die sich nun mit einiger Verzögerung der tatsächlichen Inflationsentwicklung angepaßt haben. Die Realzinssätze haben sich aber bisher kaum von ihren Spitzenwerten gelöst, weil die restriktive Geldpolitik in wichtigen Industriestaaten ein rascheres Sinken der Nominalzinsen als der Inflationsraten noch verhindert.

Der Marktentwicklung folgend haben in den letzten Wochen die Währungsbehörden vieler Länder die Leitzinssätze gesenkt. Die Oesterreichische Nationalbank schloß sich dieser Entwicklung an und senkte mit Wirkung vom 31. August 1982 den Diskont- und Lombardsatz um je 1/2 Prozentpunkt auf 6 3/4% bzw. 6 3/4%. Gleichzeitig wurde allerdings der Sonderzuschlag von 1 Prozentpunkt für jenen Teil der Refinanzierung, der 70% der ausnützbaren Plafonds übersteigt, verlängert. Schon im Juni hatte die OeNB begonnen, dem Überschießen der österreichischen Geldmarktzinsen über das deutsche Niveau durch Devisenswap-Operationen mit den Kreditunternehmen entgegenzuwirken. Diese liquiditätsstärkenden Geschäfte sind im Sommer bis in den Berichtsmontat September hinein je nach Bedarf wiederholt worden. Im August nahm die Nationalbank auch wieder die vor zwei Jahren sistierten expansiven Geldmarktinterventionen auf dem offenen Markt auf. Als Folge dieses Zinsklimas vereinbarten die österreichischen Geldinstitute mit Wirkung vom 15. September 1982 eine Senkung der Prime Rate und der Spareinla-

Wachstum des Eurogeld- und Kreditmarktes
(Veränderung der Jahresendstände gegen das Vorjahr in Mrd. \$)



Q: Morgan Guaranty Trust Company of New York

Ausgewählte Diskontsätze
(Stand 15. September 1982)

	Diskontsatz in % p. a.	Letzte Senkung am
Österreich	6 3/4	31. August 1982
Belgien	12 1/2	9. September 1982
BRD	7	26. August 1982
Italien	18	25. August 1982
Niederlande	7	27. August 1982
Schweiz	5	27. August 1982
USA	10	27. August 1982

doch muß die Kredithöhe mindestens 2,5 Mill. S und darf höchstens 60 Mill. S betragen. Durch die Obergrenze wird die Ausschöpfung der finanziellen Mittel durch Großprojekte begrenzt. Der gewählte Investitionsbegriff geht über den "materiellen Investitionsbegriff" der meisten anderen Förderungsaktionen insofern hinaus, als Kosten für Forschung und Entwicklung sowie für Markterschließung hinzugezählt werden können. Die Laufzeit der Kredite beträgt 10 Jahre, davon können maximal 2 Jahre tilgungsfrei gestellt werden.

In der ersten Tranche von Oktober 1981 bis Mai 1982 lag der Zinssatz 1½ Prozentpunkte über der Bankrate. Für Fertigungsüberleitungen war ein Betrag von 200 Mill. S reserviert. In diesem Fall ermäßigt sich der Zinssatz um 3%. Die erste Tranche, die über die Oesterreichische Nationalbank finanziert wurde, belief sich auf ein förderbares Kreditvolumen von 1½ Mrd. S.

Nach Auslaufen der ersten Tranche (im Frühsommer 1982) wurde die Top-Aktion mit geänderter Finanzierungsstruktur verlängert. Die Zinsstützung erfolgt nun durch das Bundesministerium für Finanzen im Rahmen des Budgets. Die Stützung besteht in einem Zinszuschuß, sodaß Topkredite seit dem Frühsommer 1982 zu einem Zinssatz von 8% (gleichbleibend über die Laufzeit) vergeben werden.

Die Grundgedanken und der Aufbau des Bewertungsschemas

Die Grundphilosophie des Förderungsschemas liegt in der Annahme, daß der Strukturwandel nicht bloß als eindeutige Verschiebung der Produktion zwischen Sektoren, Branchen oder Produkten stattfindet, sondern als komplexer Such- und Allokationsprozeß, in dem traditionelle und wenig verarbeitete Güter unter steigendem Einsatz von Technik und qualifizierten Arbeitskräften immer weiter entwickelt werden müssen, um den differenzierten Nachfragewünschen zu entsprechen. Zu den Unterschieden zwischen den Branchen kommen solche zwischen den Unternehmungen innerhalb der gleichen Branche hinzu. Der notwendige Strukturwandel ist nichts Einmaliges, sondern ein dauernder Prozeß.

Die Top-Förderungsaktion soll jene Unternehmen unterstützen, die die besten Chancen und den stärksten Willen zum Strukturwandel haben. Diese werden nicht nach der Branchenzugehörigkeit (Wachstumsbranchenkonzept) oder nach taxativ aufzählenden Produktlisten (Wachstumsproduktkonzept) bestimmt, sondern nach Vermutungstatbeständen für die frühe Phase im Produktzyklus und nach dem relativen Standortvorteil in einem entwickelten Industrieland. Die Wahrscheinlichkeit, daß das eine oder andere Kriterium im Einzelfall irreführende Schlüsse erlauben

könnte, wird durch die Anwendung einer größeren Zahl von Indikatoren als Kontrolle und Korrektur auf ein Minimum reduziert. In den Begriffen der Volkswirtschaftslehre kann das Kriterienschema als Realisierung der Theorie des "Produktzyklus" oder der "internationalen Arbeitsteilung", im Gegensatz zu den früher oft vertretenen Konzepten der Wachstumsbranchen oder der Wachstumsprodukte, interpretiert werden.

Das Konzept des Produktzyklus geht davon aus, daß jedes Produkt einen wenn auch unterschiedlich langen Lebenszyklus durchmacht, den man vereinfachend in drei Phasen darstellen kann. In der "Einführungsphase" ist das Produkt noch nicht standardisiert, wird in kleinen Serien produziert und dabei weiterentwickelt. Das wissenschaftlich-technische Personal ist der entscheidende Produktionsfaktor, eventuell sind auch die einsetzenden Marketingkosten bereits wichtig. Die finanziellen Erfordernisse sind hoch (vor allem Personalkosten für qualifizierte Beschäftigte). Die Kapitalintensität ist vergleichsweise gering, die Preiselastizität ebenfalls ("Verkäufermarkt").

In der "Wachstumsphase" wird die Produktion standardisiert, der Kapitalaufwand steigt, das Management wird zum entscheidenden Produktionsfaktor. Die Wachstumsrate, zunächst der Umsätze, ist hoch, die Ertragskraft erreicht nach dem Umsatzhöhepunkt ihr Maximum (Albach, 1981). Die Zahl der Produzenten steigt, die Preiselastizität sinkt.

In der "Reifephase" erlaubt die Standardisierung der Technik eine weitere Zunahme der Kapitalintensität, die Beschäftigung unqualifizierter Arbeitskräfte und damit auch die Transferierung der Produktion in Entwicklungsländer. Niedrige Energiekosten, Rohstoffnähe und eine belastbare Umwelt werden zu den entscheidenden Produktionsfaktoren. Die Zahl der Unternehmen sinkt (durch Konzentrationstendenzen).

Die Produktzyklustheorie hat in den letzten Jahren insbesondere in ihren Konsequenzen für die internationale Arbeitsteilung an Gewicht gewonnen. Die Energieverteuerung, das verringerte Wirtschaftswachstum und das Auftreten neuer Industrieländer haben die Vorteile der Entwicklungsländer in der Reifephase der Produkte verstärkt, teilweise sind die Schwellenländer in die zweite Phase des Produktzyklus vorgedrungen. Die neuere Theorie der internationalen Arbeitsteilung beschreibt die Vorteile von Industrieländern bei "skill-intensiven Produkten" mit Einsatz qualifizierter Arbeitskräfte und ständiger Weiterentwicklung der Produktionsmethoden, hingegen haben die Entwicklungsländer Vorteile bei standardisierten Verfahren, gleichgültig ob sie arbeitsintensiv oder kapitalintensiv sind (vgl. Urban, 1980), da Kapital relativ leicht zu billigen Arbeitskräften transportiert werden kann (siehe die Ansiedlung vieler multinationaler Unternehmungen in Schwellenländern).

Das Bewertungsschema der Top-Aktion knüpft an die

chen Sektors; zweitens die Nettoerfassung einzelner staatlicher Aktivitäten in der VGR und drittens die mangelnde Berücksichtigung der Finanzierungsausgaben.

Die *institutionelle Abgrenzung* des öffentlichen Sektors ist in allen Ländern, vor allem in bezug auf die öffentlichen Betriebe, mit Unschärfen verbunden und erfolgt meist pragmatisch⁶⁾. Es wird daher in dieser Untersuchung die vom Österreichischen Statistischen Zentralamt für die VGR verwendete Abgrenzung des öffentlichen Sektors beibehalten, doch sind zwei Anmerkungen erforderlich.

Erstens sind Bahn und Post in Österreich, abweichend von den meisten anderen Ländern, voll im Bundeshaushalt integriert. Die einzelnen Ausgaben und Einnahmen dieser Betriebe müssen deshalb vom Parlament bewilligt werden. Streng genommen ist die Gestion von Bahn und Post in Österreich daher nicht mit jener in anderen Ländern vergleichbar. Dort beeinflussen die Betriebe nur mit ihren Salden (Abgänge, Überschüsse) die Budgets. Im Gegensatz zu Österreich decken sich daher in den meisten Ländern VGR und Finanzstatistik im Hinblick auf die Bahn und Post. Auf Grund dieser besonderen Situation empfiehlt es sich, ergänzend kurz darzustellen, wie die vollständige Integration dieser beiden Betriebe in den öffentlichen Sektor die Staatsquote modifizieren würde.

Zweitens ist in der Abgrenzung des öffentlichen Sektors für Österreich noch anzumerken, daß von den Fonds nur die Bundesfonds, nicht aber die Landesfonds einbezogen sind, deren Volumen insgesamt etwa jenem der Bundesfonds entsprechen dürfte.

Erhebliche Auswirkungen für die Staatsquote entstehen aus der Ermittlungsmethode und der Berücksichtigung des *öffentlichen Konsums* und der *Staatsschuldzinsen* in der VGR. Der öffentliche Konsum ist gewissermaßen eine *Nettogröße*. Er ergibt sich aus dem Brutto-Produktionswert⁷⁾ des öffentlichen Sektors abzüglich der Erlöse (Kostensätze, Gebühren) aus der Bereitstellung von marktbestimmten und sonstigen Leistungen. Auf Grund dieses Konzepts würde eine verstärkte Finanzierung öffentlicher Leistungen durch Kostensätze oder Gebühren tendenziell den öffentlichen Konsum und damit die Staatsquote verringern, selbst dann, wenn sich an den Ausgaben und den staatlichen Aktivitäten nichts ändert.

Die Staatsschuldzinsen werden bei der Berechnung des Brutto-Inlandsproduktes abgezogen und scheinen daher eigentlich nach dem System der VGR in einer Staatsquote nicht auf. Es ergeben sich in diesem Zusammenhang erhebliche Interpretationspro-

bleme für die zeitliche Entwicklung, wie folgendes Beispiel zeigt. Wenn der öffentliche Sektor Sondergesellschaften für die Erfüllung bestimmter Aufgaben (etwa Straßenbau) gründet, schmälern die Zinsen aus Schuld aufnehmen dieser Gesellschaften das Brutto-Inlandsprodukt nicht. Eine "Flucht aus dem Budget" führt damit zu einem höheren Brutto-Inlandsprodukt und wirkt daher tendenziell wachstumsfördernd.

Diese *Nettodarstellungen* in der VGR verringern somit die Aussagekraft der Staatsquoten und führen teilweise zu mißverständlichen Resultaten.

Die Beurteilung der staatlichen Aktivitäten an Hand der VGR wird ferner dadurch verzerrt, daß die *Finanztransaktionen* ebenfalls netto verbucht werden und nur im Saldo "Netto-Kreditgewährung/Nettoverschuldung" enthalten sind. Es wird dadurch ein gerade in Österreich sehr wichtiger Teil der staatlichen Aktivität, die Bankenfunktion des öffentlichen Sektors, nicht ausreichend berücksichtigt, weil die Finanztransaktionen (Darlehensgewährung, Beteiligungen, Kreditaufnahmen) saldiert sind und ihre Wirkungen in der VGR daher nicht entsprechend analysiert werden können. Dazu kommt, daß zwischen Finanzierungsausgaben und Transfers Substitutionsmöglichkeiten bestehen, die zwar die Darstellung in der VGR, nicht aber das Ausmaß der staatlichen Aktivität verändern.

Trotz verschiedener Vorteile der VGR lassen es die hier aufgezeigten Schwächen des Konzepts als zweckmäßig erscheinen, in dieser Untersuchung die Staatsquoten auf Grund der Einnahmen und Ausgaben gemäß *Finanzstatistik* zu ermitteln, wobei, wie bereits erwähnt, die institutionelle Abgrenzung des öffentlichen Sektors gemäß der VGR erfolgt. In einigen Fällen empfiehlt es sich, die Unterschiede zwischen Finanzstatistik und VGR darzustellen.

In der Interpretation der verschiedenen Quoten ist zu berücksichtigen, daß es sich in den meisten Fällen um keine echten Quoten handelt, weil die verschiedenen Einnahmen und Ausgaben nicht vollständig in der Bezugsgröße enthalten sind, sondern nur um Beziehungen zwischen verschiedenen Größen. Die ausgewiesenen Quoten können daher großteils nicht als Anteile am Brutto-Inlandsprodukt oder Produktionspotential, sondern bloß als Indikatoren einer bestimmten Ausgaben- und Einnahmenentwicklung des Staates im Vergleich zur Gesamtwirtschaft interpretiert werden.

Als Bezugsgröße wird zwar großteils das Brutto-Inlandsprodukt herangezogen, doch wird zu Vergleichszwecken in einigen Fällen auch das Produktionspotential verwendet. Das Produktionspotential bietet den Vorteil, daß die längerfristigen Tendenzen deutlicher sichtbar werden.

Für die Ermittlung der verschiedenen Quoten müssen sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen die Finanzierungsströme zwischen den einzel-

⁶⁾ Littmann (1975), S. 21.

⁷⁾ Der Brutto-Produktionswert enthält neben dem Personalaufwand und dem Intermediärverbrauch (laufende Käufe von Gütern und Leistungen) auch angerechnete Posten (imputierte Pensionen, Abschreibungen) und anteilige indirekte Steuern.

Brutto-Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen

Land- und Forstwirtschaft	Bergbau	Industrie ohne Bergbau	Gewerbe	insgesamt	Sachgüterproduktion ¹⁾										Energie- und Wasserversorgung	Bauwesen	Handel ²⁾	Verkehr und Nachrichtenübermittlung ³⁾	Vermögensverwaltung ⁴⁾	Sonstige private Dienste	Öffentliche Dienste ⁵⁾	Summe der Wirtschaftsbereiche	Lagerveränderung und statistische Differenz	Brutto-Anlageinvestitionen insgesamt
					Nahrungs- und Genußmittel	Textil- und Bekleidung	Holzbe- und -verarbeitung	Papier- und -verarbeitung	Chemie (ohne Erdöl)	Erdöl- industrie	Erzeugung von Stein- und Glaswaren	Grund- metall- erzeugung	Metall- verarbei- tung											
in Mill. S zu laufenden Preisen																								
1964	6.379	262	8.975	3.012	11.987	2.166	1.342	873	945	1.275	719	1.269	840	2.558	4.933	2.041	5.854	9.006	14.728	1.283	5.140	61.613	-1.696	59.917
1965	6.825	319	9.839	3.306	13.145	2.392	1.490	946	817	1.695	488	1.331	1.023	2.963	4.887	2.421	6.648	10.626	15.898	1.426	5.863	68.058	- 658	67.400
1966	7.021	350	10.685	3.652	14.337	1.858	1.276	1.349	867	1.491	565	2.035	1.437	3.459	5.788	2.398	7.273	12.030	18.094	1.724	6.513	75.528	- 770	74.758
1967	7.299	217	10.390	3.849	14.239	2.283	1.165	933	1.253	1.442	574	1.993	1.394	3.202	6.426	1.969	7.735	12.189	18.701	1.990	7.669	78.434	-2.403	76.031
1968	6.954	318	10.337	3.831	14.168	2.281	1.461	1.142	1.016	1.611	801	1.749	1.210	2.897	6.289	1.879	8.364	11.897	19.397	2.321	7.996	79.583	- 721	78.862
1969	7.654	361	11.877	4.083	15.960	2.426	1.751	1.249	1.160	2.190	1.104	1.462	1.260	3.358	5.222	2.435	9.062	13.438	19.397	2.620	8.002	84.151	- 196	83.955
1970	8.202	425	14.451	4.806	19.257	2.501	1.864	1.833	1.708	2.236	1.079	1.702	1.721	4.613	5.907	3.090	10.202	15.474	21.232	2.963	9.010	95.762	1.421	97.183
1971	8.766	413	18.807	5.802	24.609	3.216	2.073	2.349	2.257	2.522	1.816	2.327	2.004	6.045	6.670	4.048	11.674	18.855	25.259	3.461	11.117	114.872	2.031	116.903
1972	9.982	453	22.569	7.609	30.178	4.294	2.242	2.963	2.063	3.019	1.948	3.397	3.073	7.179	9.356	5.638	13.552	22.049	32.163	3.688	14.461	141.520	3.393	144.913
1973	7.868	343	24.161	6.546	30.707	3.530	2.353	3.071	1.993	3.133	1.398	2.765	5.199	7.265	10.097	5.260	15.508	24.632	38.895	3.823	15.989	153.120	1.847	154.967
1974	9.304	472	24.986	6.755	31.741	3.954	1.989	2.895	2.309	3.555	1.148	2.815	4.879	8.197	13.833	5.059	17.268	28.531	44.176	4.375	18.280	173.029	2.696	175.725
1975	9.542	673	20.550	6.274	26.824	3.904	1.703	1.973	2.255	3.014	1.783	2.108	3.752	6.332	13.784	4.378	17.673	30.294	46.155	4.974	20.952	175.249	- 332	174.917
1976	10.174	715	21.596	7.558	29.154	4.429	2.028	2.767	2.429	3.677	1.900	1.948	2.395	7.581	14.283	4.976	19.292	30.911	50.865	5.080	20.592	186.042	2.664	188.706
1977	11.461	513	26.849	8.851	35.700	5.107	2.049	2.961	3.147	3.571	3.104	2.675	3.996	9.090	14.869	5.720	22.824	33.324	55.211	5.768	22.619	208.029	4.742	212.771
1978	12.071	616	26.403	8.223	34.626	5.172	1.879	2.525	3.965	3.738	3.287	2.743	2.561	8.756	15.909	4.840	25.266	37.606	57.363	6.292	24.276	218.865	-3.601	215.264
1979	11.913	1.188	25.952	9.194	35.146	5.017	2.075	2.827	2.493	3.239	2.983	2.953	3.800	9.759	13.673	5.082	28.822	39.846	59.211	6.790	24.663	226.334	486	226.820
1980	13.486	760	32.451	10.031	42.482	5.524	2.469	3.416	2.910	3.986	3.379	3.644	5.326	11.828	14.002	5.732	32.950	41.467	61.483	7.204	24.421	243.987	6.238	250.225

Brutto-Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen

Nominell

Land- und Forstwirtschaft	Bergbau	Industrie ohne Bergbau	Gewerbe	insgesamt	Sachgüterproduktion ¹⁾										Energie- und Wasserversorgung	Bauwesen	Handel ²⁾	Verkehr und Nachrichtenübermittlung ³⁾	Vermögensverwaltung ⁴⁾	Sonstige private Dienste	Öffentliche Dienste ⁵⁾	Summe der Wirtschaftsbereiche	Primär- sektor ⁶⁾	Sekundär- sektor ⁷⁾	Tertiär- sektor ⁸⁾
					Nahrungs- und Genußmittel	Textil- und Bekleidung	Holzbe- und -verarbeitung	Papier- erzeugung und -verarbeitung	Chemie (ohne Erdöl)	Erdöl- industrie	Erzeugung von Stein- und Glaswaren	Grund- metall- erzeugung	Metall- verarbei- tung												
Indizes (1964 = 100)																									
1970	129	162	161	160	161	115	139	210	181	175	150	134	205	180	120	151	174	172	144	231	175	155	130	149	164
1980	211	290	362	333	354	255	184	391	308	313	470	287	634	462	284	281	563	460	417	561	475	396	215	328	465
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %																									
1964/1970	4,3	8,4	8,3	8,1	8,2	2,4	5,6	13,2	10,4	9,8	7,0	5,0	12,7	10,3	3,0	7,2	9,7	9,4	6,3	15,0	9,8	7,6	4,5	6,9	8,5
1970/1980	5,1	6,0	8,4	7,6	8,2	8,2	2,9	6,4	5,5	6,0	12,1	7,9	12,0	9,9	9,0	6,4	12,4	10,4	11,2	9,3	10,5	9,8	5,1	8,2	11,0
1964/1980	4,8	6,9	8,4	7,8	8,2	6,0	3,9	8,9	7,3	7,4	10,2	6,8	12,2	10,0	6,7	6,7	11,4	10,0	9,3	11,4	10,2	9,0	4,9	7,7	10,1
Anteil an den Gesamtinvestitionen der Wirtschaftsbereiche in %																									
1964	10,4	0,4	14,6	4,9	19,5	3,5	2,2	1,4	1,5	2,1	1,2	2,0	1,4	4,2	8,0	3,3	9,5	14,6	23,9	2,1	8,3	100,0	10,8	30,8	58,4
1970	8,6	0,4	15,1	5,0	20,1	2,6	2,0	1,9	1,8	2,3	1,1	1,8	1,8	4,8	6,2	3,2	10,6	16,2	22,2	3,1	9,4	100,0	9,0	29,5	61,5
1980	5,5	0,3	13,3	4,1	17,4	2,3	1,0	1,4	1,2	1,6	1,4	1,5	2,2	4,8	5,7	2,4	13,5	17,0	25,2	3,0	10,0	100,0	5,8	25,5	68,7

¹⁾ Industrie (ohne Bergbau) und Gewerbe. — ²⁾ Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen. — ³⁾ Einschließlich Straßen- und U-Bahnbau. — ⁴⁾ Banken und Versicherungen, Wohnungsbau, Rechts- und Wirtschaftsdienste und Realitätenwesen. — ⁵⁾ Ohne öffentlichen Wohnbau, öffentlichen Straßen- und U-Bahnbau. — ⁶⁾ Land- und Forstwirtschaft und Bergbau. — ⁷⁾ Sachgüterproduktion, Energie- und Wasserversorgung und Bauwesen. — ⁸⁾ Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Vermögensverwaltung, Sonstige private Dienste und Öffentliche Dienste.

lichen aber von 1,019 300 um 106 100 oder 10,4% auf 1,125 400. Damit ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten von 38,4% auf 40,2% gestiegen.

Dieser Anteilszuwachs geht sicherlich zum Teil auf die Strukturentwicklung der Beschäftigung zurück. In Österreich ist in den letzten Jahren der Dienstleistungssektor außergewöhnlich stark gewachsen. Hier ist der Beschäftigtenanteil der Frauen hoch, sodaß dessen Expansion der Frauenbeschäftigung zugute kam. Wesentlich dafür ist der Umstand, daß sich der Charakter der Frauenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte: Das Institut hat bereits darauf verwiesen, daß sich die Erwerbstätigkeit der Frau von einer zweckgebundenen Übergangstätigkeit zu einer berufsorientierten Dauertätigkeit wandelte²⁾

Übersicht 2

Unselbständig Beschäftigte
(Jahresdurchschnitt)

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
1970	2 389 200	+ 31 500	1 506 900	+ 18 200	882 300	+ 13 300
1971	2 454 900	+ 65 700	1 544 800	+ 37 900	910 100	+ 27 700
1972	2 512 700	+ 57 900	1 576 400	+ 31 600	936 300	+ 26 300
1973	2 608 300	+ 95 600	1 619 300	+ 43 000	989 000	+ 52 600
1974	2 656 900	+ 48 600	1 637 700	+ 18 300	1 019 300	+ 30 300
1975	2 656 400	- 500	1 624 600	- 13 100	1 031 900	+ 12 600
1976	2 685 900	+ 29 400	1 632 500	+ 7 900	1 053 400	+ 21 500
1977	2 737 100	+ 51 300	1 658 300	+ 25 800	1 078 900	+ 25 500
1978	2 757 700	+ 20 600	1 663 900	+ 5 600	1 093 900	+ 15 000
1979	2 773 700	+ 16 000	1 670 200	+ 6 400	1 103 500	+ 9 600
1980	2 788 700	+ 15 000	1 672 200	+ 1 900	1 116 600	+ 13 100
1981	2 798 600	+ 9 800	1 673 200	+ 1 000	1 125 400	+ 8 800
1982 ¹⁾	2 765 800	- 32 700	1 648 700	- 24 500	1 117 100	- 8 200

Q. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Schätzung

Freilich ist auf Grund der relativ günstigen Entwicklung der Frauenbeschäftigung bis 1981 noch nicht der Schluß zulässig, es hätte keine versteckte Arbeitslosigkeit gegeben. Das weibliche Arbeitskräfteangebot kann schneller gewachsen sein als die Beschäftigung. Daher ist es notwendig, sämtliche Komponenten von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt für Frauen zu prüfen. Dieser analytische Ansatz unterscheidet sich grundsätzlich nicht von jenem der Untersuchung von Erwerbs-, Schulbesuchs- und Pensionsquoten, der in Heft 7/1981 verwendet worden war. Er wurde gewählt, um direkt von der Arbeitsmarktentwicklung in diesem Bereich ausgehen zu können.

Der Zuwachs an weiblichen Arbeitskräften (einschließlich Arbeitslose) betrug von 1974 bis 1981 91.600. Diese Größe ist bereits ein Saldo aus dem Anstieg an Unselbständigen und dem Rückgang an

Selbständigen. Durch den Abbau von Ausländerinnen wird das inländische Arbeitsangebot — rechnerisch — erhöht. Die Zahl der weiblichen ausländischen Beschäftigten und Arbeitslosen ist im genannten Zeitraum um 4.900 gesunken. Per Saldo stieg somit von 1974 bis 1981 die Zahl der inländischen registrierten weiblichen Arbeitskräfte um 96.500. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 13.800.

Diese bemerkenswert kräftige Expansion bleibt jedoch noch immer beträchtlich hinter dem Wachstum des potentiellen Angebotes zurück. Die weibliche Bevölkerung im Erwerbsalter, also zwischen 15 und 60 Jahren, wuchs im gleichen Zeitraum um 134.200 oder um 0,9% im Jahresdurchschnitt. Um prüfen zu können, ob und in welchem Ausmaß versteckte Arbeitslosigkeit von Frauen entstanden ist, muß vorerst untersucht werden, ob das Angebot an weiblichen Arbeitskräften nicht durch andere Einflüsse reduziert worden ist.

Das Arbeitskräfteangebot wird auf der einen Seite von der Zahl der Schüler und Studenten, auf der anderen Seite von jener der (vorzeitigen) Alters- sowie der Invaliditätspensionisten beeinflusst. Die Schulbesuchsquote der Mädchen unter 20 Jahren hat sich bis Mitte der siebziger Jahre beträchtlich erhöht, seither stabilisierte sie sich jedoch. Die absolute Zahl der Schulbesucherinnen stieg daher in der Folge nur mehr als Konsequenz der stärkeren Altersjahrgänge. Dennoch nahm die Zahl der Studentinnen in der Untersuchungsperiode gleichmäßig kräftig zu, sodaß zwischen 1974 und 1981 schätzungsweise 60.000 erwerbsfähige Frauen dem Arbeitsmarkt fernblieben.

Sehr stark hat sich die Zahl der weiblichen Pensionsbezieher im Untersuchungszeitraum geändert. Bis Mitte der siebziger Jahre spielten Frühpensionen für Frauen kaum eine Rolle. Seit diesem Zeitpunkt hat diese Sozialleistung rasch zugenommen. Zwischen 1974 und 1981 stieg die Zahl der Frühpensionen (einschließlich der Leistungen nach dem Sonderunterstützungsgesetz) um 28.200. Die Pensionsquote älterer Frauen (von 50 bis 59 Jahren) hat sich mehr als verdoppelt.

Die Ursachen dafür lassen sich nicht ohne weiteres isolieren. Naheliegend ist die Annahme, daß die Arbeitsmarktlage für ältere weibliche Arbeitskräfte besonders ungünstig ist und diese daher mehr oder minder gezwungenermaßen die vorzeitige Alterspension in Anspruch nehmen. Diese Annahme wird sicherlich für einen Teil der Pensionsbezieherinnen zutreffen. Darauf weist auch die steigende Zahl der Bezieherinnen einer Leistung nach dem Sonderunterstützungsgesetz hin, die 1981 immerhin 2.400 erreichte. Daneben lassen aber — allerdings unrepräsentative — Befragungsergebnisse die Annahme zu, daß viele Frauen die Frühpension aus familiären Gründen in Anspruch nehmen. Die meisten erreichten erst

²⁾ Siehe G. Biffi: Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung unter veränderten Arbeitsmarktbedingungen Monatsberichte 11/1979.

Übersicht 1

Brutto-National- und -Inlandsprodukt

	Gewicht in % des OECD-BNP 1981	Durchschnittli- ches Wachstum 1968/1978	1978	1979	Veränderung gegen das Vorjahr in % zu konstanten Preisen		1982	1983
					1980	1981		
USA	38,5	2,9	4,4	2,8	-0,1	1,9	-2,0	2,0
Japan	14,8	6,6	5,0	5,5	4,4	3,0	2,5	3,0
BRD	9,0	3,5	3,2	4,5	1,9	-0,2	-1,0	0,0
Frankreich	7,5	4,4	3,7	3,5	1,2	0,3	1,5	0,5
Großbritannien	6,5	2,2	3,3	1,4	-1,4	-2,2	0,5	1,0
Italien	4,6	3,4	2,7	4,9	4,0	-0,2	1,0	0,5
Kanada	3,5	4,5	4,0	3,2	-0,1	2,9	-4,5	0,5
Große Industrieländer	84,4	3,8	4,1	3,5	1,1	1,3	-0,5	1,5
Spanien	2,4	4,9	2,7	0,6	1,2	0,3	1,5	2,0
Australien	2,1	3,7	2,1	4,6	1,8	4,1	1,0	1,5
Niederlande	2,0	3,9	2,7	1,8	0,6	-1,2	-1,0	0,0
Schweden	1,5	2,1	1,3	4,1	1,4	-0,8	0,0	1,0
Belgien	1,3	4,1	3,2	2,3	2,5	-1,7	-0,5	1,0
Schweiz	1,2	1,7	0,4	2,5	4,4	1,9	-1,0	0,0
Österreich	0,9	4,4	0,5	4,8	3,2	0,0	1,0	1,5
Dänemark	0,8	3,1	1,3	3,1	-0,2	-0,2	1,0	-0,5
Türkei	0,8	6,3	2,9	-0,9	-0,6	4,0	4,5	4,0
Norwegen	0,7	4,3	4,5	4,5	3,8	0,8	-0,5	0,5
Finnland	0,6	4,0	2,3	7,6	5,0	1,4	0,5	1,0
Griechenland	0,5	5,9	6,7	3,8	1,7	-0,7	-0,5	0,5
Neuseeland	0,3	2,9	3,0	1,0	2,5	3,7	-0,5	0,5
Portugal	0,3	4,8	3,4	4,5	5,5	1,7	2,0	2,0
Irland	0,2	4,1	6,7	2,5	1,8	1,1	1,0	1,5
Luxemburg	0,0	3,6	4,6	4,4	0,4	-2,0	-0,5	1,0
Island	0,0	5,6	5,0	2,7	2,6	1,5	-3,5	-2,5
Kleine Industrieländer	15,6	3,9	2,4	2,9	1,9	0,8	0,5	1,0
OECD insgesamt	100,0	3,8	3,8	3,4	1,3	1,2	-0,5	1,5
OECD-Europa	40,8	3,6	3,0	3,3	1,5	-0,3	0,5	0,5
EG ¹⁾	32,4	3,5	3,3	3,4	1,3	-0,6	0,0	0,5
EFTA	5,2	3,1	1,6	4,4	3,4	0,6	0,0	1,0

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ Einschließlich Griechenland

Übersicht 2

Industrieproduktion

	Gewicht ¹⁾ in %	1978	1979	Veränderung gegen das Vorjahr in %		1982	1983
				1980	1981		
USA	35,5	5,8	4,4	-3,6	2,7	-8,0	3,0
Japan	13,0	6,2	8,2	6,8	3,1	2,0	4,5
BRD	14,3	1,8	5,4	-0,2	-1,3	0,0	0,5
Frankreich	8,4	1,7	4,5	-0,8	-2,2	-1,0	0,0
Großbritannien	5,5	2,9	3,9	-6,6	-3,9	1,0	1,5
<i>Manufacturing²⁾</i>		0,7	0,5	-8,5	-6,2	0,0	1,0
Italien	4,9	2,1	6,7	5,2	-2,2	0,5	1,0
Kanada	3,4	3,6	5,3	-1,9	0,9	-9,0	0,5
Große Industrieländer	85,0	4,3	5,3	-0,8	0,8	-3,5	2,0
Spanien	2,5	-3,4	0,1	1,4	-1,9	0,0	2,0
Australien	1,7	1,6	5,4	0,3	2,6	1,0	2,0
Niederlande	2,0	0,8	2,5	-0,5	-1,7	-2,0	0,0
Schweden	1,7	-1,1	7,2	-1,5	-3,2	-1,0	2,0
Belgien	1,6	2,6	4,6	-1,3	-2,6	0,5	2,0
Schweiz	2,2	0,2	1,6	5,8	1,1	-1,0	1,0
Österreich	1,0	1,9	7,5	2,9	-2,0	1,0	1,5
Norwegen	0,7	10,4	7,2	6,1	-0,2	0,0	1,0
<i>Manufacturing²⁾</i>		-1,6	2,0	1,3	-1,2	-1,5	1,0
Finnland	0,6	5,2	10,6	7,7	1,4	-1,5	2,0
Griechenland	0,3	7,6	6,1	1,0	-0,8	-2,0	1,0
Portugal	0,4	6,9	7,2	5,4	0,7	2,0	2,5
Irland	0,2	8,5	6,1	-0,9	1,9	1,0	2,0
Luxemburg	0,1	3,2	3,4	-3,3	-6,8	0,0	2,0
Kleine Industrieländer	15,0	1,2	4,2	1,4	-0,8	-0,3	1,5
OECD insgesamt	100,0	3,8	5,1	-0,4	0,6	-3,0	2,0
OECD-Europa	46,4	1,8	4,8	0,1	-1,9	-0,0	1,0
EG ³⁾	37,3	2,0	5,0	-0,6	-2,1	-0,0	0,5
EFTA	6,6	2,1	5,7	3,7	-0,6	-0,5	1,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ in Prozent der OECD-Industriewertschöpfung 1975 — ²⁾ Ohne Erdölproduktion — ³⁾ Einschließlich Griechenland

Offered Rate) steigt und/oder die Kreditlaufzeit kürzer wird, wenn sich also die Kreditkonditionen verhärteten. Noch zu Jahresbeginn 1982 signalisierte dieser Index eine leichte Entspannung der Konditionen, seither ist jedoch vor allem im Kreditgeschäft mit dem Osten, aber auch mit den weniger entwickelten Staaten eine starke Verschlechterung eingetreten, wogegen die Industriestaaten und die internationalen Organisationen kaum Kreditverteuerungen hinnehmen mußten

Nationalbank senkt Diskontsatz auf 4¾%

An der Zinsfront bröckeln die Nominalzinssätze seit Jahresmitte deutlich ab. Nachdem sich die Währungsbehörden in den Vereinigten Staaten entschlossen hatten, die Geldmengenentwicklung nicht mehr weiter (entsprechend der schwächer werdenden Güternachfrage) zu dämpfen, konnten seit Beginn des III. Quartals auch die europäischen Hartwährungsländer ihr Zinsniveau zurücknehmen. In Österreich wurde der Diskontsatz von 6¾% in drei Schritten (zuletzt mit Wirkung vom 3. Dezember 1982 um einen ganzen Prozentpunkt) auf nunmehr 4¾% gesenkt. Zwar spielt der Diskontsatz in Österreich gesamtwirtschaftlich keine dominierende Rolle, doch bedeuteten die Senkungen wichtige Signale für den Abbau des Kredit- und Einlagenzinnsniveaus, die den Marktkräften rascher zum Durchbruch verhelfen. Verzögert reagieren die Zinssätze insbesondere im Bereich der längerfristigen Finanzierungen, wogegen das Niveau der Geldmarktsätze in den letzten Monaten rasch auf die zunehmende Liquidität der Kreditunternehmungen ansprach. Der Taggeldsatz, der im Juni-Durchschnitt noch auf 10,6% stand, ermäßigte sich bis Mitte Dezember auf 6¼%. Diese Sätze gelten nur für den Zwischenbankverkehr, sie kommen jedoch mit nur geringem Aufschlag in Form von Barvorlagen der Kreditinstitute auch den größeren Firmenkunden für ganz kurzfristige Finanzierungen (z. B. Abdeckung von Kontokorrentkonten) zugute. Vergleichsweise wenig reagiert hat bisher das Niveau der übrigen Kredit- und der Einlagenzinsen. Allerdings dürfte der politisch sensitive Eckzinssatz (für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) mit Jahresbeginn 1983 von derzeit 5% auf 4½% herabgesetzt werden.

Die Auswirkungen der Zinssenkungen auf den realen Sektor der Wirtschaft halten sich derzeit im In- und Ausland noch in engen Grenzen. In den USA wie in den europäischen Hartwährungsländern war der Höhepunkt der Inflationsentwicklung noch vor dem Höhepunkt der Nominalzinsentwicklung erreicht worden. Als Folge davon nahm die Realverzinsung bis um die Mitte des Jahres 1981 noch kräftig zu, erst dann setzte ein allmählicher Abbau der Realzinsen ein, der sich in den letzten Monaten etwas beschleunigte.

Läßt sich eine internationale Depression vermeiden, dann werden auch die Inflationsraten nicht im bisherigen Tempo weiter sinken, was die Zinskosten kreditfinanzierter Nachfrage weiter drücken könnte. Gemessen an der Sekundärmarktrendite erreichte die Realverzinsung in Österreich erst im August 1982 mit 4,9% ihren Höhepunkt, bis November ist dieser Wert leicht auf 4,3% gefallen. Das österreichische Rentenmarktzinsniveau lag im 2. Halbjahr 1982 sowohl nominell als auch real um etwa ½ bis 1 Prozentpunkt über dem deutschen, wobei sich der Abstand zuletzt noch etwas erhöhte. Die nominelle Sekundärmarktrendite ist im November erstmals seit Juni 1980 wieder unter die 9%-Marke gesunken.

Ende der Dollarhause?

Der Abstand der Nominalzinssätze zwischen den USA und Deutschland war im 2. Halbjahr 1982 nur noch halb so groß wie im ersten. Dazu kommt, daß sich die BRD einer Verbesserung, die USA hingegen einer Verschlechterung ihrer außenwirtschaftlichen Position gegenübersehen, ein Faktor, der auf den internationalen Devisenmärkten in der Wechselkursgestaltung eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt. Insgesamt haben diese und andere Faktoren dazu geführt, daß der Dollar im November relativ rasch von seinem Höhepunkt fiel (von 18 S auf 17 S), sich aber im Dezember auf dem neuen Niveau stabilisierte. Die künftige Entwicklung des Dollarkurses wird in erster Linie davon abhängen, ob die amerikanischen Währungsbehörden angesichts des steigenden Budgetdefizits und des drohenden Handelsbilanzdefizits eine weitere Liquidisierung ihrer Wirtschaft in einem Ausmaß zulassen, das den Zinsabstand zu den europäischen Hartwährungsländern weiter verringert.

Zahlungsbilanz¹⁾

	1980	1981	1982
		Jänner bis Oktober	
		Mill. S	
Handelsbilanz ²⁾	- 74 977	- 68 144	- 54 956
Dienstleistungsbilanz	+ 36 559	+ 35 340	+ 41 099
davon Reiseverkehr	+ 36 103	+ 38 958	+ 42 785
Kapitalerträge	- 5 104	- 5 499	- 5 586
Handels- und Dienstleistungsbilanz	- 38 418	- 32 804	- 13 857
Nicht in Waren oder Dienstleistungen unterteilbare Leistungen	+ 17 501	+ 17 341	+ 18 660
Bilanz der Transferleistungen	+ 707	+ 534	+ 672
Leistungsbilanz	- 20 210	- 14 929	+ 5 475
Langfristiger Kapitalverkehr	+ 5 289	+ 9 827	- 8 151
Kurzfristiger nicht monetärer Kapitalverkehr	- 2 281	+ 2 120	- 1 532
Kurzfristiger Kapitalverkehr der Kreditunternehmungen	+ 31 839	- 2 212	- 4 526
Reserveschöpfung ³⁾	+ 3 474	+ 2 560	+ 1 863
Statistische Differenz	+ 1 028	+ 4 125	+ 7 197
Veränderung der offiziellen Währungsreserven	+ 19 140	+ 1 492	+ 324

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Einschließlich der nichtmonetären Goldtransaktionen Transitgeschäfte und Adjustierungen. — ³⁾ Sonderziehungsrechte. Bewertungsänderungen. Monetisierung von Gold.